

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Donnerstag, den 13. Februar 1908.

15. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage.

### Religion Privatsache.

Ap. Zu den hartnäckigsten Mißverständnissen, die als Waffe gegen uns verwendet werden, gehört die angebliche Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie. Wir mögen noch so unzweideutig die Forderung: Religion sei Privatsache, erheben, immer aufs neue kehrt die alte Beschuldigung wieder. Nun liegt es auf der Hand, daß doch Grund dafür vorhanden sein muß; wenn hier bloß eine grundlose Behauptung ohne den leisesten Schein der Berechtigung vorläge, so hätte sie sich schon längst als Waffe untauglich gezeigt und wäre verschwunden. In der Tat liegt für unaufgeklärte Köpfe ein Widerspruch zwischen dieser praktischen Forderung und der Tatsache, daß mit dem Überhandnehmen der Sozialdemokratie zugleich die Religion in den Arbeiterkreisen immer mehr schwand, und daß auch unsere Theorie, der historische Materialismus, in schroffem Gegensatz zu den religiösen Lehren steht. Dieser angebliche Widerspruch, der auch schon manchen Genossen verwirrt hat, wird von unseren Gegnern zu der Darstellung ausgenutzt, unsere praktische Forderung, die jedem seine Religion freiläßt, sei nur eine Heuchelei, eine Vertuschung unserer wirklichen religionsfeindlichen Absichten, und zwar zu dem Zwecke, die religiösen Arbeiter massenhaft für uns zu gewinnen.

Wir fordern, daß die Religion als eine Privatsache jeder einzelnen betrachtet werden soll, die jeder für sich selbst zu bestimmen hat, ohne daß andere dazwischenreden oder etwas vorschreiben haben. Diese Forderung ist als etwas Selbstverständliches den Bedürfnissen unserer Praxis entsprungen: Es ist ja vollkommen richtig, daß wir dadurch die nicht-religiösen und die religiösen Arbeiter verschiedener Konfession massenhaft für uns gewinnen, d. h. zu einem gemeinsamen Kampfe um ihr Klasseninteresse vereinigen wollen. Das Ziel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist kein anderes, als eine wirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft, die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. Da versteht es sich doch von selbst, daß man alles, was diesem Ziele fremd ist und zu Differenzen unter den Arbeitern führen könnte, fernhält. Es gehört die ganze interessierte Beschränktheit der Theologen dazu, uns statt dieses offenen anerkannten Zieles ein anderes geheimes zuzuschreiben, die Vernichtung der Religion. Wer seinen ganzen Sinn auf religiöse Listeleien richtet und dabei kein Auge für die große Not und den großartigen Kampf der Proletarier hat, bei dem kann es am Ende nicht überraschen, wenn er in der großen weltbefreienden Umwälzung der Produktionsweise und der damit zusammengehenden geistigen und religiösen Umkehr nichts sieht als ein Überhandnehmen des Unglaubens und an der Aufhebung des Gläubens, der Unterdrückung, der Knechtschaft und der Armut als ein etwas Gleichgültigem vorübergeht.

Aus dem Bedürfnis des praktischen Kampfes ist unser praktischer Grundsatz über die Religion entsprungen; daraus geht schon hervor, daß er sich auch in Übereinstimmung mit unserer Theorie befinden muß, die den Sozialismus ganz auf die Praxis des Tageskampfes gründet. Der historische Materialismus erblickt in den wirtschaftlichen Verhältnissen die Grundlage des ganzen gesellschaftlichen Lebens; um materielle Bedürfnisse, um Kämpfe der Klassen, um Umwälzungen der Produktionsweise handelte es sich immer, wo die bisherige Betrachtungsweise, auch die der Kämpfer selbst, religiöse Differenzen und Religionskämpfe erblickte. Die religiösen Ansichten sind bloß ein Ausdruck, ein Widerschein, eine Folge der wirtschaftlichen Zustände. Auch heute handelt es sich um eine wirtschaftliche Umwälzung, aber zum ersten Male in der Geschichte ist die Klasse, die sie durchzuführen muß, sich dessen klar bewußt, daß es sich nicht um den Sieg irgendwelcher ideologischer Anschauungen handelt. Dieses klare Bewußtsein, das sie aus der Theorie schöpft, drückt sie in der praktischen Forderung: Religion Privatsache aus; diese Forderung ist also ebensosehr ein Ausfluß der klaren wissenschaftlichen Erkenntnis als des praktischen Bedürfnisses.

Aus dieser Auffassung, die der historische Materialismus über die Religion hegt, ergibt sich schon, daß sie gar nicht mit dem bürgerlichen Atheismus in einen Topf geworfen werden darf. Dieser stellte sich der Religion direkt feindlich gegenüber, weil er in ihr die Theorie der reaktionären Klassen und das wesentlichste Hemmnis des Fortschritts erblickte. Er sah in der Religion bloß Dummheit, Mangel an Kenntnissen und Bildung; daher hoffte er den Köhlerglauben der dummen Bauern und Kleinbürger durch wissenschaftliche Aufklärung, besonders durch Naturwissenschaft, ausrotten zu können.

Wir sehen dagegen in der Religion einen notwendigen Ausfluß der Lebensverhältnisse, die hauptsächlich ökonomischer Natur sind. Der Bauer, dem die Launen der Witterung eine gute oder eine schlechte Ernte bescheren,

der Kleinbürger, dem die Markt- und Konkurrenzverhältnisse Armut oder Reichtum bringen können, fühlt sich in Abhängigkeit von höheren geheimnisvollen Mächten. Gegen dieses unmittelbare Empfinden hilft nicht die Bücherweisheit, daß das Wetter durch natürliche Kräfte bestimmt wird und daß die Bibelwunder erleuchtete Sagen sind. Bauern und Bürger stehen dieser Gelehrsamkeit sogar unwillig und mißtrauisch gegenüber, da sie von der sie bedrückenden Klasse stammt, und sie selbst als untergehende Klassen darin keine Waffe, keine Rettung und nicht einmal Trost finden können. Trost können sie sich bloß auf übernatürlichen Wege, in religiösen Vorstellungen erblicken.

Umgekehrt der klassenbewußte Proletarier; die Ursache seines Elends liegt klar vor ihm in dem Wesen der kapitalistischen Produktion und Ausbeutung, die für ihn nichts Übernatürliches hat. Und da ihm eine hoffnungsvolle Zukunft winkt, da er fühlt, daß ihm Wissen nottut, um seine Ketten brechen zu können, wirft er sich mit Inbrunst auf das Studium des gesellschaftlichen Betriebes. So ist seine ganze Weltanschauung, auch wenn er nichts über Darwin und Copernicus weiß, eine unreligiöse; er empfindet die Kräfte, mit denen er zu schaffen und zu ringen hat, als nüchternere weltliche Tatsachen. So ist also die Religionslosigkeit des Proletariats nicht eine Folge bestimmter ihm gepredigter Lehren, sondern des unmittelbaren Empfindens seiner Lage. Umgekehrt bewirkt erst diese Gesinnung, die von selbst aus der Teilnahme an den gesellschaftlichen Kämpfen herauswächst, daß die Arbeiter eifrig nach allen antitheologischen Aufklärungsschriften greifen, nach Büchern und Häkel, um durch naturwissenschaftliche Kenntnisse dieser Gesinnung ein theoretisches Fundament zu geben. Dieser Ursprung des proletarischen Atheismus bringt es mit sich, daß das Proletariat ihn nie als Streitobjekt gegen Andersdenkende hervorkehrt; Streitobjekt sind ihm nur seine gesellschaftlichen Anschauungen und Ziele, die das Wesentliche seiner Weltanschauung bilden. Diejenigen Proletarier, die als Klassengenossen in derselben Unterdrückung leben, sind seine natürlichen Kampfgenossen, auch wenn bei ihnen durch ihre besonderen Umstände die erwähnten Wirkungen ausbleiben. Solche besonderen Umstände gibt es in der Tat, abgesehen noch von der überall wirkenden Kraft der Tradition, die erst allmählich überwunden werden kann. Proletarier, die unter Verhältnissen arbeiten, in denen mächtige, grauenvolle, unberechenbare Naturmächte sie mit Tod und Verderben bedrohen, wie Bergarbeiter und Seelente, werden oft dadurch ein stark religiöses Empfinden behalten, während sie doch zugleich kräftige Kämpfer wider den Kapitalismus sein können. Die praktische Haltung, die sich aus dieser Sachlage ergibt, wird auch von Parteigenossen noch oft verkannt, die glauben, unsere Auffassungen als „eine höhere Religion“ dem christlichen Glauben gegenüberstellen zu müssen.

Mit dem Verhältnis von Sozialismus und Religion steht es also gerade umgekehrt als unsere theologischen Feinde es darstellen. Wir machen die Arbeiter nicht von ihrem früheren Glauben abtrünnig durch die Predigt unserer Theorie, des historischen Materialismus. Sondern sie verlieren ihren Glauben schon durch die aufmerksamere Verfolgung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die sie die Aufhebung des Gläubens als ein handgreiflich erreichbares Ziel erkennen läßt. Das Bedürfnis, diese Zusammenhänge immer gründlicher zu verstehen, führt sie zum Studium der historisch-materialistischen Schriften unserer großen Theoretiker. Diese wirken dann nicht im religionsfeindlichen Sinne, denn der Glaube ist schon fort; umgekehrt bewirken sie eine Würdigung der Religion als eine historisch berechtigte Erscheinung, die erst unter künftigen Umständen verschwinden wird. Diese Lehre behütet uns also davor, ideologische Differenzen als das Wesentliche hervorzuheben, sie stellt unser wirtschaftliches Ziel als das allein Wesentliche in den Vordergrund, und dies drückt sie aus in der praktischen Forderung: Religion ist Privatsache.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Reichstag

hielt am Mittwoch nach langer Pause einmal wieder Schwerin ab. Graf Schwerin, weiland Präsident des preussischen Dreiklassenhauses, hängt jetzt zwar in Röders Ahnengalerie in der Prinz Albrechtstraße, aber die Sitzungen, die an den nach ihm benannten Tagen abgehalten werden, welche für Anträge aus dem Hause reserviert sind, erfreuen sich noch immer eines sehr schwachen Zuspruchs. Erster Gegenstand der Tagesordnung war ein konservatives Antrag, der von der Regierung die baldige Einführung einer Privatbeamtenversicherung forderte. Gegen den Antrag an sich ist nichts einzuwenden, wenn auch natürlich niemand daran zweifelt, daß er auf Wählerfang

berechnet ist. Den Antikemlerich Schack, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, sich an der Sozialdemokratie zu reiben, deckte Genosse Lehmann-Wiesbaden gründlich zu. Unser Fraktionsredner betonte, daß wir dringend eine Versicherung der Privatangehörigen wünschen, jedoch im Anschlusse an die Invaliden-Versicherung, weil wir durchaus keine Verantwortung haben, das Sonderkassenwesen zu fördern. Erfreulicherweise sprach sich auch der junge Potthoff, einer der erträglichsten Vertreter des Liberalismus, für den Anschluß an die allgemeine Invalidenversicherung aus. Die Antikemleriche vom Schackverband wollen natürlich eine Sonderversicherung. Der allgemein gehaltene Antrag Richthofen, der über die Form der Versicherungen nichts sagt, wurde nach einem gemeinplätzlichen Schlußwort des schlichten Pauli einstimmig angenommen. Wohl im Hochgefühl der Freude darüber, daß die hochgeborenen Grafen und Junker ihm das harmlose Vergnügen ließen, im Fraktionsnamen das Schlußwort zu sprechen, hatte sich Herr Pauli in einen neuen Bratenrock geworfen. — Hierauf wandte sich das Haus der Beratung des nationalliberalen Antrages zu, der eine baldige reichsgesetzliche Regelung des Automobilwesens wünscht. Der harmlose Prinz Schönau-Carolath, ein lebenswürdiger Grandseigneur, der ein bißchen gern in Liberalismus und Popularität macht, begründete den Antrag. Er fand leidlich scharfe und allseitig mit Beifall begleitete Worte über den Unfug der Automobilisten, die mit Expresszugsgeschwindigkeit auf öffentlichen Landstraßen dahinjagen, und leistete sich sogar einen kleinen Seitenblick auf die hohen Söhne des Automobilismus, die es so schwer machen, seine Schäden gesetzmäßig zu bekämpfen. Aus der matten Erwiderung des langweiligen Nieberding ergab sich, daß die Regierung „erwägt“, immerhin aber einen Entwurf über die Haftpflicht der Automobilisten der Begutachtung des bürgerlichen Justizministers unterbreitet hat. Wann dieser Entwurf dem Reichstag zugehen wird, steht dahin. Die Mühlen der Reichsgesetzgebung mahlen langsam, namentlich wenn Herr Nieberding als Obermüller funktioniert. — Darüber, daß bald etwas gegen den automobilistischen Unfug geschehen muß, herrscht Übereinstimmung im ganzen Hause. Im Namen des Zentrums brachte Herr Gröber einen Antrag ein, der den Antrag Carolath verschärft und spezialisiert. In scharfpunktierter Rede erläuterte Genosse Ledebour die zahme Anspielung des liberalen Renommierprinzen auf die hohen Söhne des Automobilismus. So lange sie des Protektors des Prinzen Heinrich sich erfreuen, werden die Automobilisten schwerlich sonderliche Furcht vor dem Vorgehen des Prinzen Schönau-Carolath haben. Daher wird denn auch wohl der angekündigte Gesetzentwurf der Regierung weit hinter den Wünschen des Reichstags zurückbleiben. Mit Recht hob Genosse Ledebour hervor, daß die geplante Einschränkung der Haftung des Tierhalters der verschärften Haftung der Automobilisten sehr hinderlich sein wird. — Gegen eine mittelparteilich freisinnige Minderheit wurde der Verschärfungsantrag Gröber angenommen, worauf die Annahme des also modifizierten Antrags Carolath einstimmig erfolgte. So sind an einem Tage zwei Anträge einstimmig angenommen worden, allerdings nur Wunsch-Anträge. — Am Donnerstag geht die zweite Etatsberatung beim Kräfte-Etat weiter. Mit der Einmütigkeit wird es da schon vorbei sein.

#### Der Karneval als Erzieher.

In der „Wacht“, dem Organ der katholischen Jugendvereinigungen, gibt ein Vorstandsmitglied seine Erfahrungen zum besten, wie man die schulfremden Knaben am besten für die Jugendvereine gewinnt. Seine Methode soll sich, wie der Mann hervorhebt, schon mehrfach praktisch bewährt haben. Und nun höre man:

„Es ist zunächst notwendig, daß sich der Verein den zu entlassenden Schülern zeigt und zwar in angenehmer Weise geschieht. Der Verein arrangiert eine Fastnachtfeier und zwar in der Form einer sonntäglichen Vereinsversammlung. Er ladet hierzu die betreffenden Schüler ein und zwar durch Karten, die er durch den Rektor der Schule an die Jungen verteilen läßt. Man hat bei diesen Veranstaltungen Wert darauf zu legen, daß mancherlei geboten wird und daß es ungezwungen hergeht, damit diejenigen, die lebhaften Temperaments sind, und das sind wohl die meisten, sich heimlich fühlen. ... Die Jungen müssen an diesem Abende fühlen und sehen, daß man ihnen im Jugendverein den verhassten Zwang der Schule, den sie bald abwerfen wollen, nicht auflegt. Auch wird der Präses in einer kurzen Ansprache, die der Zeit entspricht, und auch um den Jungen zu gefallen etwas launig abgefaßt sein wird, zum Ausdruck bringen, daß er, der Geistliche, bald nicht mehr ihr Vorgesetzter als Lehrer, sondern im Verein als Präses ihr Freund sein wird. Um das Interesse der Jungen für den Jugendverein wach zu halten, wird man gut tun, etwa zu Mittfeste die Jungen noch einmal wieder durch das Närrchen, zu einer Vereinsversammlung einzuladen.“



bei welcher wieder etwas Besonderes arrangiert wird. Hier legt das eigentliche „Reiten“ ein. Gegen Schluss der Sitzung legt der Präses den Jüngern in einem ganz kurzen Vortrage klar, warum sie dem Vereine beitreten sollen, was er ihnen bietet, usw.

Die Redaktion der „Wacht“, die, wie alles Gute im klerikalen Lager, aus W.-Glabbach kommt, findet diese Anregungen „sehr zweckmäßig“. Also der Karneval muß dazu dienen, die Jugend in den großen ultramontanen Schaffall zu locken und sie dort zur Verteidigung der höchsten Güter des Zentrums zu erziehen. Hat man sie erst unter der gratis verabreichten klerikalen Narrenkappe, dann hofft man ihnen bald das Fell über die Ohren ziehen zu können. Der politische Zweck heißt das karnevalistische Mittel! Wenn sein muß, wird Hochwürden zum Karnevalspräsidenten, deckt die Konjur mit der Schellenkappe und hält launige Reden, auf daß die katholischen Jünglinge fühlen und sehen, daß es im katholischen Jugendverein lustig zugeht und sie dort vor dem lästigen Schulzwang, den sie bald abwerfen wollen, sich nicht mehr zu fürchten brauchen. Im übrigen verdient bemerkt zu werden, mit welcher Selbstverständlichkeit der Klerikalismus über die Lehrer und Leiter der Schule verfügt, damit diese sich als Zutreiber für die karnevalistisch-politischen Veranstaltungen des Zentrums hergeben. Man steht auch daran wieder einmal, wie gut sich der Klerikalismus dazu eignet, über die Schritte zu herrschen.

### Neu-Deutschland.

In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der sich mit der Eingeborenenfrage beschäftigt, kommt der Verfasser zu folgendem Schlusse: „Eine starke weiße Einwanderung wäre nur denkbar bei einer völligen Vernichtung der Eingeborenen. Ich halte dieselbe selbst dann nicht für wahrscheinlich. Südwestafrika ist ein Teil von Südafrika: es mag andere politische Institutionen entwickeln als die benachbarten Länder, es wird kaum eigene soziale Gebilde hervorbringen. Es fand zu allen Zeiten und findet auch heute noch dauernd eine Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen Gebieten statt. Wenn die Löhne so hoch wären, daß eine starke weiße Einwanderung nach Südwest erfolgen könnte, dann wäre die Anwerbung schwarzer Arbeiter eine Kleinigkeit. Sie würde Gegenstand politischer Abmachungen bilden, wie das heute die Anwerbung eingeborener Arbeiter im portugiesischen Südafrika ist; sie würde sicher vor sich gehen. Südwest würde einfach das Zentrum des südafrikanischen Arbeitsmarktes werden, wie das heute Johannesburg ist. Selbst wenn also Südwest die höchsten Löhne von Südafrika zahlen könnte, so würde es kaum ein weißes Land werden, ganz abgesehen davon, daß das Umboland aus klimatischen Gründen hierzu nicht geeignet ist.“ — Solche Folgerungen werden denen keine besondere Freude machen, die dornbüchlerlich von einem paradiesischen Neu-Deutschland träumen, wenn sie kolonialpatriotisch an Südafrika denken.

### Wer predigt den politischen Mord?

Nachdem festgestellt ist, daß der Königsmord von Ezzabon auf das Konto der „Edelsten und Besten“ zu setzen ist, hat sich plötzlich im Busen unserer rechtsstehenden Ordnungspresse eine heiße Vorliebe für politischen Mord entzündet. Im Anschluß an eine Äußerung in der Februar-Nummer des „Leipziger Hammer“, in der der bekannte Herr Frisch offen zur Ermordung von Bebel, Singer und Stadhagen auffordert, schreibt die Berliner „Post“, das Organ der Berliner Polizeipolizei:

Wir wüßten tatsächlich keinen irgendwie stichhaltigen Einwand gegen die Logik dieser Ausführungen. Wenn die berufenen Vertreter der Staatsgewalt auch weiterhin den verbrecherischen Hehereien der intellektuellen Urheber des Königsmordes und Staatsumsturzes untätig und geduldsig zuzusehen, dann dürfte es an staats- und königsgetreuen Nachfolgern der Charlotte Corday nicht fehlen. ... Wir sehen trotz aufmerksamen Zuschauens nicht, daß irgendein sichtbares Exempel statuiert und der verbrecherischen Hehertätigkeit der sozialdemokratischen Führer die eiserne Faust des Staates gezeigt wird. So ist es denn notwendig, diesen Freunden der Königsmörder den Namen der Charlotte Corday zuzurufen und zu sagen, daß in deutschen Ländern vielleicht Männer sind, die gegebenenfalls nicht nach dem Buchstaben, sondern nach dem Geiste des Gesetzes verfahren und Königsmord auf deutschem Boden nicht an den hirnlosen Menschlein ahnden werden, sondern an den „urweltlichen“ Urhebern.

Schon einmal rief die „Post“ nach einer Lotte Corday, die den Genossen Bebel ermorden sollte. Jetzt wiederholt sie ihren Sehnsuchtsruf, nach der Logik des Sages: die portugiesischen Sunkers haben den König von Portugal ermordet; die Ermordung der deutschen Arbeiterführer ist dringend nötig. Wer predigt also den politischen Mord?

### Ein christlich-soziales Blatt billigt den Fürstenmord.

Das christlich-soziale Forarbergerer Volksblatt (das Organ des Abgeordneten Dr. Dregel), beurteilt die Ereignisse in Portugal folgendermaßen:

Den Abschluß der revolutionären Bewegung bildet ein blutiger Fürstenmord. Gewiß, jeder Mord, auch der Tyrannenmord, ist ein Verbrechen. Aber im vorliegenden Falle waren die Mörder die Diener der öffentlichen Meinung und der empörten Stimmung des Volkes. Das portugiesische Königshaus wurde von einer schier gerechten Strafe ereilt. Der Mord und die Mörder an sich sind zu verdammen — aber, aber das Volk hat gesprochen. Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme! Das Gericht des Volkes in seiner Begründung läßt sich voll auf verstehen.

Der Leipziger Gesinnungsgenosse des österreichischen antihemischen Abgeordneten, Herr Theodor Frisch, der es ein „gutes Werk“ nannte, wenn jemand Bebel, Singer oder Stadhagen „spießt“, weil die Sozialdemokratie nicht Tränenströme über den Tod des portugiesischen Königs vergoß, kann jetzt seinen „Hammer“ auf das Haupt seines Gesinnungsgenossen niederhauern lassen, der den Königsmord eine „gerechte Strafe“ nannte!

### Abwiegungsstrategen.

Bekanntlich haben in Süddeutschland die Liberalen der verschiedensten Schattierungen ihrem Mißvergnügen über die klägliche Haltung der Freisinnigen, einschließend der freien Schwabendemokraten, im Reichstage in der Frage des preussischen Wahlrechts ziemlich ungeschminkt Ausdruck gegeben. Nun aber stellen sich die offiziellen Parteiführer schweigend vor die angegriffenen Abgeordneten und wiegeln ab. Weil einige liberale Vereine Württembergs nach Referaten von Dr. Breitscheid Resolutionen angenommen haben, die einem Mißtrauensvotum für die Abgeordneten ziemlich ähnlich sehen, veröffentlichten der Vorsitzende des liberalen Landesverbandes, Rechtsanwalt Goehrum, und der Vorsitzende des bisherigen Vororts Ulbingen, Professor Dr. Görg, in der „Neckarzeitung“ zwei Erklärungen, in denen es u. a. heißt: Es sei sachlich ungerade, jetzt den Abgeordneten mit ungreifbaren Vorwürfen in den Rücken zu fallen. Es sei außerdem taktisch ungeschickt und gefährlich, in einer Lage, welche ohnehin heikel genug ist und um so dringender den Zusammenfluß aller Gesinnungsgenossen erfordert, aus den eigenen Reihen der eigenen Fraktion noch Schwierigkeiten zu bereiten. In einer so schwierigen Situation, wie der gegenwärtigen, aber muß bei den Anhängern im Lande das eine Gefühl voranstehen, daß man durch unzeitige Anträge und Dreinfahren nicht nur die Lage der Abgeordneten erschwert, sondern auch die politische Partei, der man angehört, nach außen hin diskreditiert; denn jede politische Meinungsverschiedenheit, die nicht auf den gegebenen Instanzenweg innerhalb der einzelnen Parteien geklärt worden ist, sondern in Vereinen verschiedenster Bedeutung in die Welt hinausgeschrien wird, kann nur den einen Erfolg haben, daß die Wähler im Lande in ihrem Vertrauen zur inneren Festigkeit einer solchen Partei erschüttert werden. Insofern könne man die Tätigkeit Dr. Barth's, v. Gerlachs und Breitscheid's zwar als Ausfluß einer bestimmten Überzeugung anerkennen, aber durchaus im Gegensatz zum Lebens- und Machtinteresse ihrer eigenen politischen Partei stehend finden. Friedrich Raumann habe seine Fähigkeit als Führer eben dadurch bewährt, daß er sich nicht von dem begreiflichen Unmut über die Haltung des preussischen Ministerpräsidenten zu leeren Demonstrationen hinreißen ließ, sondern das Bündnis der linksliberalen Gruppen als den Ausgangspunkt liberaler Politik im Auge behielt.

Unglaublich, aber wahr! Die Backen noch geschwollen von den erhaltenen Ohrfeigen, und emsig das schmutzgetretene Sitzfleisch reibend, träumen diese Musterknaben schon wieder von der liberalen Politik, die Sunkers Bülow doch noch machen werde. Den Leuten ist wirklich nicht zu helfen!

### Das ewige Hindernis.

Alle Fürsten und Regierungen würden sehr freihellig regiert haben, wenn die Menschen nicht so schlecht gewesen wären, nach der Freiheit zu verlangen. Wie herrlich weit wären wir schon, wenn bloß die Buchdruckerkunst nicht erfunden worden wäre, wenn es keine Reformation gegeben hätte, und dann hinterher die abscheulichen Unabhängigkeitskriege und Revolutionen!

Das ist so ungefähr der Grundgedanke, von dem die konservativ-liberale Paarungspresse auszugehen scheint, wenn sie uns alle Lage versichert, das schlimmste Hindernis für das gleiche Wahlrecht in Preußen sei die Sozialdemokratie, und somit wäre diese die eigentliche „Wahlrechtsfeindin“. Die Sunkersregierung würde ja keinen Augenblick mit der Einführung des gleichen Wahlrechts zögern, wären die Wähler bloß nicht so gemein, ihre eigene Meinung haben zu wollen. Statt wie es sich gehört, den Mann zu wählen, den der Landrat als den richtigen bezeichnet. Erst wenn das preussische Volk von der Freiheit den „richtigen“ Gebrauch machen wird, wird es „reif“ für die Freiheit sein.

Man könnte demnach glauben, daß zu einer Zeit, da die Sozialdemokratie noch gar nicht oder doch nur als kleine Partei existierte, das gleiche Wahlrecht in Preußen am Platze gewesen sei. Dem ist jedoch leider nicht so. Es hat immer in Preußen Parteien gegeben, deren Existenz ein freihelliges Regime „unmöglich machte“.

Als das gleiche Wahlrecht, die Errungenschaft der Märzrevolution, durch das Dreiklassenystem ersetzt wurde gab es überhaupt noch keine Sozialdemokratie.

Damals waren die bürgerlichen Demokraten das Hindernis.

In den fünfziger Jahren kannten die konservativen Landräte keinen schlimmeren Feind als die Bethmann-Hollwegische Partei. Sie warnten die Wähler, durch Wahl eines rechtsnational-liberalen Mannes Mißbrauch mit dem Wahlrecht zu treiben.

Damals war die Partei Bethmann-Hollweg das Hindernis.

Im Jahre 1873 brachte das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhause seinen bekannten Wahlrechtsantrag ein. Bei dieser Gelegenheit führte der national-liberale Abg. Pasker (26. Nov. 1873) nach dem amtlichen Protokoll folgendes aus:

Ich bekenne, daß innerhalb der liberalen Partei die Ansichten über diejenigen Systeme, welche innerhalb des allgemeinen gleichen Wahlrechts anzuwenden sind, um einen korrekten Ausdruck der Volkswertretung zu finden, auseinandergehen. ... Aber ich bekenne Ihnen noch ein anderes, daß Stimmen auch innerhalb der liberalen Partei laut geworden sind, welche erklären, es sei gefährlich, das allgemeine Wahlrecht auszu dehnen in einer Zeit, in der eine mächtige Partei im Lande alle Grundlagen der gesetzlichen und rechtlichen Ordnung unterwühlt. (Sehr gut! Sehr richtig!) Das Verhalten der klerikalen Partei mache gerade in diesem Augenblicke die Veränderung gefährlich, man müsse vorsichtig sein. ...

Damals war also das Zentrum das Hindernis!

Die Sozialdemokratie ist, wenn wir richtig gezählt haben, schon zum mindesten das vierte Hindernis, das den König von Preußen, seine Regierung durch die ihnen ergebenen Parteien verhindert, so freihellig zu regieren, wie sie natürlich von Herzen gerne möchten. So meinen es wohl auch die freisinnigen Blockhelfer, die jetzt in

Ihren Versammlungen versichern, die „wüste Agitation der Sozialdemokratie und derer um Barth, schon gar schrecklichen Straßendemonstrationen (siehe oben) bloß die Sache, die sie selbst mit so viel edler männlicher Besonnenheit vertreten.“

### „Die Sozialdemokratie hat uns auf den Schwung gebracht!“

Am Sonntag fand in Hamm der märkische Parteitag der Zentrumsparlei für die Wahlkreise Hamm-Sooft, Dortmund-Hörbe, Bochum-Gelsenkirchener-Altena-Sferlohn und Hagen-Schwelm statt. Der Parteisekretär Böhm redete über die Organisation. Dabei sagte er:

„Wie im Heere, so muß es auch in einer Organisation Führer, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften geben. Das ist notwendig, denn die beste Sache läßt sich nicht durchsetzen, wenn sie mangelhaft vertreten ist. Die Sozialdemokratie hat den Parteien gezeigt, was organisieren heißt, und hat auch uns auf den Schwung gebracht.“

Das stimmt allerdings. Die eigentliche Zentrumsorganisation, der Volksverein für das katholische Deutschland, ist gegründet worden im Jahre 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes und nach dem großartigen Wahlsieg der Sozialdemokratie — und der Volksverein entstand, wie offen bekannt wird, zu dem Zweck die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Auch die übrige Organisationsstätigkeit des Zentrums: die Gründung der christlichen Gewerkschaften, der Ausbau der Arbeiter- und Jugendvereine, ist auf die Abwehr der Sozialdemokratie zurückzuführen, und so hat allerdings der ultramontane Parteisekretär recht: „Die Sozialdemokratie hat das Zentrum auf den Schwung gebracht.“ Ohne die Sozialdemokratie würde das Zentrum in seiner gemächlichen Ruhe verharren und sich den Teufel um seine Wähler scheeren.

Wie gut übrigens das Zentrum von den Sozialdemokraten gelernt hat, beweist die Mitteilung des ultramontanen Parteisekretärs, daß der Volksverein in Gelsenkirchener-Stadt und -Land nicht weniger als 1000 Vertrauensleute hat und daß in Altena-Sferlohn aus acht Zentrumsmitgliedern ein Vertrauensmann kommt. Hier könnte allerdings wieder die Sozialdemokratie vom Zentrum lernen und es würde nicht schaden, wenn an manchen Orten die Sozialdemokratie sagen könnte, daß das Zentrum uns „auf den Schwung gebracht“ hätte.

### O weh, Herr Mugdan!

Etwas zur Charakterisierung des „freisinnigen“ Reichstagsabgeordneten Dr. Mugdan zu sagen, der soeben mit dem Roten Adlerorden für seine Verdienste um den 10. Januar geschmückt worden ist, scheint überflüssig. Es sei nur darauf hingewiesen, daß er erst kürzlich im Reichstage wie ein Wilder gegen die Anerkennung gewerkschaftlicher Organisationen durch die Reichsmarinewerke tobte. Ihn interessiert im Reichstage viel mehr die Zulassung der Juden zum Offizierkorps, was ein schöner Charakterzug ist, wenn man bedenkt, daß er schon seit einigen Jahren denselben Glauben wie Liebermann von Sonnenberg hat. Die „Südische Rundschau“ aber zeigt sich unverföhlich; sie schreibt:

„Wir müssen entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß es den Anzeichen hat, als hätte der Abg. Mugdan im Namen der Juden oder überhaupt irgendwelcher ungetaufter Juden gesprochen. Zwischen ihm und uns ist keine Gemeinschaft, und wir verbiten uns ganz entschieden und unzweideutig, von ihm verteidigt zu werden. Wenn er es doch wieder tut, so soll man wissen, daß wir Juden gegen die Verteidigung von dieser Seite den energigsten Protest erheben.“ Eine verdiente Abschüttelung!

### Rußland.

Ein neuer Staatsstreich? Der Petersburger Korrespondent des „Petit Parisien“ berichtet, es gehen neuerdings mit großem Nachdruck Gerüchte um daß, wenn die Duma, wie es wahrscheinlich sei, sich weigern werde, die Marinekredite zu bewilligen, sie aufgelöst werden würde, wie dies bei den beiden vorherigen Dumas der Fall gewesen sei. Nach dieser Auflösung würde keine neue Duma mehr einberufen werden; Stolypin würde sich dann zurückziehen und einer reaktionären Regierung Platz machen, an deren Spitze Akimow und Durnow stehen würde.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 18. Februar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Schramm in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Gredesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Eine Ortsgruppe des wegen seiner negativen Wahrheitsliebe so berühmten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist dieser Tage hier in Lübeck gebildet worden. Mit dieser Gründung ist nach dem Amtsblatt „einem tatsächlichen Bedürfnis entsprochen worden“. In diesen letzten Worten liegt das immerhin bemerkenswerte Eingeständnis, daß die vereinigten bürgerlichen Parteien in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie keine Vorbeeren geoffnet haben, denn sonst könnte doch kein „tatsächliches Bedürfnis“ für den neuen Verein vorliegen. Daß die „Lübeckischen Anzeigen“, ihrem ganzen Charakter und ihrer unehrlichen Kampfesweise entsprechend, für den Dienst der Reichsverbandesgruppe geeignet sind, liegt auf der Hand; fliegt ihnen doch bereits jetzt schon Nachzug aus der großen Volksküche für geistig Arme in der Dessauer Straße in Berlin zu. Doch auch die einstmals „liberale“ „Eisenbahn-Zeitung“ und der freisinnige „Landbote“ leiten der Ortsgruppe durch Reklamotiven Handlangerdienste. Vielleicht glauben diese Blätter, daß dafür gelegentlich ein Inserat abfällt. Am Sonntagabend wird in einer Versammlung der Ortsgruppe ein General Stern sein Licht leuchten lassen. Wahrscheinlich wird er über das Thema „Zweibeinige Tiere in Uniform“ sprechen und im Anschluß daran die Möglichkeit beleuchten, dies Wort zu „redigieren“, wie es ja im letzten Wahlkampf seitens der vereinigten bürgerlichen Parteien geschehen ist. Wir wollen aber auch nicht



mierlassen, hier kurz einige bürgerliche Stimmen über den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und dessen Agitationen wieder zu geben. So schrieb Max Lorenz, einer der schärfsten Gegner der Sozialdemokratie: „Die Agitation des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ bewegt sich auf einem in jeder Hinsicht so niedrigen Niveau, daß sie zu schweren sittlichen und politischen Schädigungen der Wählermassen und des deutschen Volkes führen muß. Sie bietet der Sozialdemokratie geradezu ein Sprungbrett für weitere Erfolge. Die Tätigkeit des Reichsverbandes zeugt von so krasser Ignoranz und so blutigem Dilettantismus in der Beurteilung und Behandlung sozialdemokratischer Angelegenheiten, daß es geradezu Gewissenspflicht ist und auch dringend vom Interesse eines zielbewußten und sachverständigen antisozialdemokratischen Politikers erfordert wird, das endlich offen auszusprechen.“ — In der „Frankfurter Zeitung“, einem Organ der Völkervereinigung, konnte man im November 1908 über die Reichsverbandsschreiber folgendes lesen: „Diese armeneligen Agitatoren, die für kärglichen Lohn heute ein reaktionäres, morgen ein liberales und übermorgen ein radikales Programm vertreten müssen, und die, wie es in Darmstadt-Groß-Gerau der Fall war, sogar zwei bürgerlichen Gegnern zugleich ihre Dienste anbieten, sind bei weitem die wertlosesten Menschen. Was anders heißt es, wofür sie ihre ganze Person einsetzen, ist ihnen — Geshäft. Das tragischste für einen dieser Agitatoren wäre, daß er wirklich eine ehrliche politische Überzeugung unter dem reichsverbandlerischen Mittel trüge. Ein solcher Mann würde in einer Stunde innerlicher Einsicht tief erröten und dem Verband schleunigst den Rücken kehren. Das alles ist aber mehr eine Frage der Ethik als der Politik, mit der diejenigen fertig werden müssen, die sich dem Verband zur Verfügung stellen.“ — Angesichts dieser Kennzeichnungen des Reichsverbandes wollen wir nur noch einmal hervorheben, daß nach den „Lübeckischen Anzeigen“ für die Gründung einer Ortsgruppe „ein tatsächliches Bedürfnis“ vorlag. Das besagt genug.

**Der Bürgerausschuß** beschloß, das mit einem Fehlbetrag von 48 940 Mk. abschließende Budget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten an die zur Vorprüfung des Vorschlages der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten und des Staatsbudgets einzusetzende Kommission mitzuberweisen. Der Vorschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten schließt in Einnahme und Ausgabe mit 8 809 500 Mk. ab. An Stelle des Vorschlages der Verwaltungsbehörde, die Grund- und Gebäudesteuer mit 7 Einheiten zu erheben, schlägt der Senat 8 Einheiten vor. Die Vorlage wurde vom Bürgerausschuß an eine aus den Herren Dr. Ziehl, Dimpfer, Freitag, Kahns, Dr. Viena, Hinkelbein und Behn bestehende Kommission verwiesen. An dieselbe Kommission gelangt der Staatsbudget-Entwurf, der mit einem Fehlbetrag von 231 888,91 Mk. abschließt. Die Einkommensteuer für das Jahr 1908 beantragt der Senat in der gleichen Weise wie im Vorjahre zu erheben. Der Bürgerausschuß befürwortet diesen Antrag. Für 6 Loosenboote mit Zubehör wurden 3000 Mk. bewilligt. Zugestimmt wurde dem Senatsantrage, an den Wirt Jürß ein 0,075 qm großes Grundstück im Branntweinbrennereigang für 20 Mk. zu verkaufen. An Stelle der jetzigen Eisenbahnbrücke über den Elbe-Trave-Kanal soll eine provisorische Holzbrücke mit einem Kostenaufwande von 6000 Mk. hergestellt werden. Der Bürgerausschuß bewilligte die hierzu notwendigen Mittel. Das bei der Puppenbrücke stehende Bistorthäuschen soll abgebrochen und an der Obertrave unterhalb der Lepeuan wieder aufgestellt werden. Kosten 700 Mk. Der Bürgerausschuß erteilte dazu seine Mitgenehmigung.

**Differenzen in der Fahrentzuger Brotfabrik.** In der Fahrentzuger Brotfabrik A.-G. vormals Th. Severin-Fahrentzungen in Holstein beschäftigten sich in ihren letzten Verhandlungen die dort arbeitenden organisierten Bäcker mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen und kamen zu dem Beschluß, an die Direktion der Fabrik mit der Forderung auf eine wöchentliche Lohnerhöhung von 3 Mark und anderen Nebensforderungen herantreten zu wollen. Von diesem Vorhaben muß nun ein Spion der Fabrikleitung Mitteilung gemacht haben und dieselbe ging nun darauf aus, die angeblichen „Hege“ und „Wähler“, d. h. die Vertrauensleute der Organisation, aus der Fabrik zu mahrgeln. Und wie immer in solchen Fällen, sollte sich hier auch eine passende Gelegenheit dazu finden. Am Sonntag, den 9. Februar wurden in Fahrentzungen Flugblätter verteilt und die in der sozialdemokratischen Partei organisierten Mitglieder unseres Verbandes, soweit sie in Fahrentzungen wohnen, beteiligten sich auch mit an dieser Flugblattverteilung. Der Kassierer der Zahlstelle hat nun in dem Bezirk Flugblätter zu verteilen, in welchem der allmächtige Vorknecht der Fahrentzuger Brotfabrik, Herr Scheel, wohnt und wie es die Pflicht unseres Genossen war, brachte er auch diesem Herrn Vorknecht ein Flugblatt in die Wohnung. — Als der Kollege dann nachmittags 4 Uhr mit der Arbeit in der Fabrik beginnen wollte, wurde er von dem Vorknecht Scheel in grober Weise angefahren: „Wie können Sie sich die Frechheit erlauben, mich mit derartigen Witz von einem Flugblatt zu belästigen? Sie wissen doch, daß ich nicht zu Ihrer Partei gehöre! Das ist eine Frechheit, eine Gemeinheit, mich mit solchen Witz zu belästigen!“ Der so angeschauzte Kollege wagte sehr beiseiden zu widersprechen, es ist ihm noch größere Grobheiten entzogen. Als ganz unbeteiligter stand der Kartelldelegierte der Gewerkschaft dabei, der keinen Ton dazu sagte, worauf dieselbe vom Vorknecht Scheel angeschauzt wurde: „Sie sind gerade der Hege und Wähler, der nicht nur die Bäcker, sondern auch die Knechte aufregt. Sie können in acht Tagen gehöhrt!“ Der Kollege wollte nun einen Grund für die Frechheit anführen, und im Laufe der weiteren scharfen Auseinandersetzungen entließ ihn der Vorknecht Scheel. — Der Kollege wurde also gemahrgelt. Am 12. Februar versuchte der Vorsitzende des Bäckerverbandes in Gemeinschaft mit dem Kartellvorsitzenden von Segeberg, mit der Direktion der Fabrik zu verhandeln, um ev. die Maßregelung rückgängig zu machen und auch über die gestellten Forderungen eine Aussprache herbeizuführen. Beides wurde von der Direktion schroff abgelehnt und auch alle Überredung konnte den Herrn Direktor nicht bewegen, von seinem progia ablehnenden Standpunkte abzugehen. So verzeht die Direktion der Fahrentzuger Brotfabrik, die in der Hauptfrage ihr Brot an die Arbeitererschaft von Hamburg-Altona, Kiel, Lübeck und den Städten der Provinz Schleswig-Holstein verkauft, der organisierten Arbeitererschaft Füßritte und maßregeln organisierte Arbeiter, ohne einen Grund dazu zu haben. Die Fahrentzuger Brotfabrik liefert ihr Brot aber nicht nur durch Händler an die Arbeitererschaft jener Städte, sondern sie war bisher auch Lieferant mehrerer Konsumvereine der Provinz Schleswig-Holstein. Es ist wohl zu erwarten, daß die organisierte Arbeitererschaft und besonders die Arbeiterfrauen diese Fabrik nicht mehr mit den Arbeitergewöhnen belästigen werden! — Ein letzter Versuch zu einer Einigung mit der Direktion ist noch schriftlich unternommen worden. Sollte auch jetzt die Verwaltung der Fabrik noch nicht in antändiger Weise mit sich reden lassen, so wird die Arbeitsniederlegung die unausbleibliche Folge sein, denn die organisierten Bäcker in der Fabrik haben es satt, noch weiter der Spielball der Launen des Vorknechts Scheel zu sein. Wir ersuchen die

organisierte Arbeitererschaft, uns in diesem Kampfe tatkräftig unterstüßen zu wollen! Der Vorstand des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands. D. Ullmann, Vorsitzender. Eine öffentliche Volksversammlung findet am Sonntag abend 8 1/2 Uhr im „Neu-Dauerhof“ statt. Parteilose Genossen We g e r s spricht über das Thema: „Was hat die Sozialdemokratie für die Arbeitererschaft geleistet?“ Da gerade von Gegnern auch in Lübeck recht oft der Schwundel, die Sozialdemokratie habe positive Leistungen für die Arbeitererschaft nicht aufzuweisen, aufgestellt wird, so erscheint es durchaus notwendig, wieder einmal öffentlich die Tatsachen reden zu lassen. Öffentlich wird die Versammlung zahlreich besucht. Die Existenzfähigkeit des Berufs der Töpfer. Für Eltern, deren Söhne Ostern die Schule verlassen und sich dem Beruf der Ofenseher (Töpfer) widmen wollen, ist es wohl notwendig, über die gegenwärtige Lage in diesem Berufe unterrichtet zu sein. Die Ofenseher waren schon von früher her als Saisonarbeiter zu betrachten. Eine gute Bauperiode zeitigte ein gutes Arbeitsfeld. In der Regel trat die schlechteste Zeit nur in den Wintermonaten ein, wie es bei allen Bauhandwerkern üblich ist. Doch zum Frühjahr und Sommer war jedem Gesellen die Möglichkeit gegeben, in seinem Beruf zu arbeiten. Heute sind die Verhältnisse ganz andere geworden. Wenn in anderen Berufen die Maschinen eine Hauptrolle spielen, so ist es im Beruf der Ofenseher die Zentralheizung. Die Mehrzahl der Neubauten, die aufgeführt werden, ist mit Zentralheizung versehen. Zum Teil werden die Kachelöfen in den Häusern beseitigt und Zentralheizung kommt hinein. Ist doch die Zentralheizung, was wohl das wichtigste ist, eine moderne Einrichtung. Willen, Hotels, bessere Wohnungen usw. müssen der Neuzeit entsprechend mit Zentralheizung versehen sein. Rechnen wir noch dazu sämtliche Staatsgebäude, wie Schulen, Krankenhäuser und andere Anstalten, wo in den wenigsten Fällen noch Kachelöfen hineintommen, so bleibt für die Existenzfähigkeit des Töpferberufes nicht viel übrig. Hinzu kommt noch die Konkurrenz der eisernen Ofen, eisernen Herde und Gufherde, die, wenn auch nicht so geschäftlich, doch dazu beitragen, dem Beruf die Lebensader abzuschneiden. Es ist durchaus nichts Seltenes, daß in der besten Bauperiode eine große Anzahl der Töpfer arbeitslos ist, weil eben keine Ofen verlangt werden. Vor etwa 8 Jahren waren noch in Lübeck zirka 45 bis 50 Ofenseher beschäftigt und zum größten Teil hier ansässig; heute sind in der besten Zeit noch keine 30 beschäftigt, in der schlechteren noch keine 15. Dasselbe Verhältnis ist überall vorhanden, abwechselnd etwas günstiger oder auch noch schlechter. Eine Bautenkontrolle vom 12. bis 17. August in Berlin und Worortern ergab 181 Bauten mit Ofen, 209 Bauten mit Zentralheizung. Das Resultat in Berlin ist insofern noch günstig, weil durch den Zuzug nach der Großstadt mehr Arbeiterwohnungen gebaut werden müssen. In vielen anderen Städten liegt es aber bedeutend ungünstiger. Ob für den Beruf in Zukunft noch eine Besserung zu erhoffen ist, ist momentan noch nicht zu beurteilen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen halten wir es für unsere Pflicht, Eltern und junge Leute davon abzuraten, sich dem Beruf der Töpfer (Ofenseher) zu widmen, denn für eine große Anzahl von Gesellen ist eine Existenzmöglichkeit nicht vorhanden. Zentralverband der Töpfer, Filiale Lübeck.

**Die Einbruchsdiebstähle** mehren sich in erschreckender Weise. Nachdem erst vor wenigen Tagen verschiedene Bewohner des Gürtentors und des Postentors von Einbrechern heimgesucht sind, wurde am Dienstag nachmittag in der zweiten Etage des Hauses Warenborsstraße 9 eingebrochen. Während die Frau, die im zweiten Stock wohnt, sich bei den Leuten in der ersten Etage aufhielt, war der Dieb in ihrer Behausung an der Arbeit. Ihm fielen 88 Mk. bares Geld sowie eine Uhr zur Beute. Man kann sich den Schreck vorstellen, den die Frau bekam, als sie ihre Wohnung wieder betrat und bemerkte, was während ihrer Abwesenheit passiert war. pb. Falsche Legitimationspapiere. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Galizien, der sich seines besseren Fortkommens wegen falscher Legitimationspapiere bediente. pb. Fahrrad Diebstahl. Am 19. d. Mts. abends gegen 6 Uhr wurde vor der Wirtschast „Ballastkühe“ ein Fahrrad Marke „Brunswiga“, mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 9340, Freilauf und Rücktrittsbremse gestohlen. Stadttheater-Probisiorium. Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Vielfachen Wünschen zufolge wird Freitag die mit so großem Erfolge aufgenommene Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ in vortrefflicher Besetzung gegeben; es ist dies die letzte Wiederholung. Sonnabend wird zum Einheitspreise von 60 Pf. „Der Pfarrer von Rirschfeld“ in Szene gehen. Die Nachfrage nach Billets ist eine sehr große, daher es ratsam ist, sich rechtzeitig einen guten Platz zu sichern. Für Sonntag ist nachmittags eine Fremden-Vorstellung und abends eine Doppel-Vorstellung angelegt, in der „Marcha“, oder der „Markt zu Richmond“, hierauf „Der Hypochonder“ aufgeführt wird. — Im „Panja-Theater“ geht Freitag abend der Schwand „Charleys Zante“ zum letzten Male in Szene.

**Arbeiter, Parteigenossen!**  
**Er erbt**  
**das lübeckische Bürgerrecht!**

**Zum Konkurs des Warenhauses Leo Leibholz & Co.** Gestern fand im Schöffengerichtssaale des Gerichtsgebäudes eine Gläubiger-Versammlung des verkrachten Warenhauses Leo Leibholz & Co. statt. Der Konkursverwalter Dr. Vrehmer machte u. a. die Mitteilung, daß Leibholz fast ohne Vermögen gewesen sei, als er in Lübeck das Warenhaus eröffnet habe. Die Eröffnungsbilanz sei nach unrichtigen Grundätzen erfolgt, indem in Aktiva 171 000 Mk. angegeben waren, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden seien. Das Grundstück ist in Aktiva mit 1 232 000 Mk. eingestuft worden, trotzdem der Kaufpreis, die Kosten usw. hypothekarisch sicher gestellt waren. Des weiteren seien 81 000 Mk. an Gehältern und ein Bankguthaben von 175 000 Mk. in die Passiven gestellt, obwohl die letzteren bis auf 9 000 Mk. abgehoben gewesen seien. Über die Angaben der Bilanz machte der Konkursverwalter nach den „L.“ folgende Angaben: Für die Aktiven seien bei Eröffnung des Konkurses u. a. verpfändet: Bar in Kasse: 4 562,85 Mk. Das Grundstück sei beschwert mit 1 010 176 Mk., davon gehöre dem Lübeckischen Staat die erste Hypothek mit 400 000 Mk., diese sei aber zum 1. Juli gelündigt. Das Lager sei geschätzt auf einen Wert von 901 644,03 Mark. Ausstehende Forderungen an Kunden (meist in Lübeck) seien noch vorhanden 4496,96 Mk., das Inventar und Mobiliar und Sonstiges sei auf rund 37 176,70 Mark geschätzt. Außerdem sei die Möglichkeit vorhanden, eine an einem früheren Wohnort von Leibholz in einem noch schwebenden Prozeß zu erreitende Rückgabe eines Warenhaussteuerbetrages für die Konturmasse zu erlangen. An Passiven liegen sich u. a. verzeichnen: Warenaufgaben mit 1 211 956 Mk., Akzente 910 589,40 Mk., Bankschuld (National-Bank-Berlin) 176 200 Mark, Schönborn-Düffelhof für Laden-Inventar 60 000 Mk., Bau- und Hypothekensforderungen von W. Torschl und Blund 275 000 Mk., National-Cash-Register-Compagnie 8585 Mk. (fällt eventuell durch Rückgabe der Zahlkassen aus), Ingenieur Engler 7000 Mk., diverse Schuldner 182 500 Mark. Es sei nun in Gläubiger-Kreisen aufgefallen, daß im Gegensatz zu dem bedeutenden Schuld-Konto ein verhältnismäßig geringer Warenbestand bei der Konkursöffnung sich vorgefunden habe. Als Differenz sei rund 100 000 Mk. zwischen früheren Angaben von Leibholz und den späteren Ermittlungen bezeichnet, das habe den Verdacht bekräftigt, ob nicht durch den Gemeinschaftlener zuvor Waren heimliche Gemacht seien. Möglich sei auch, daß die Differenz auf irrthümliche Angaben des Buchhalters zurückzuführen sei. Wollte man weiter nach Ursachen suchen, so können diese vielleicht in dem zu billigen Verkauf der Waren, der zum Teil unter Einkauf erfolgt sei, gefunden werden, treffe der Verdacht zu, daß L. Waren nach einer bestimmten Gegend Deutschlands abgehoben habe, dann habe er sich hierüber mit einer anderen Instanz (der Staatsanwaltschaft) abzufinden. — Der Konkursverwalter und der Gläubiger-Ausschuß wurde nach längerer Debatte beauftragt, Mitgeteilt wurde noch, daß eine ganze Anzahl Kaufgebote auf das Warenhaus eingelaufen seien.

**Schlusssap.** In einer Volksversammlung, die am Sonnabend abend 8 1/2 Uhr bei Freese stattfand, wird Arbeiterssekretär Schneider-Lübeck über die politische Lage sprechen. Es ist Pflicht der Parteigenossen, für einen zahlreichen Besuch der Versammlung zu sorgen. Gegner haben selbstverständlich Gelegenheit, in uneingeschränkter Weise ihre Anschauungen darlegen zu können. Hamburg. Wegen Beleidigung wurde der Redakteur Weiß vom „Werk der Eisenbahner“ zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die angeklagte Beleidigung wurde in einem Artikel des „Werkers“ gefunden, der sich mit dem Eisenbahnvorsteher Hofermann in Wismar beschäftigte. Der Schutz des § 193 wurde dem Angeklagten verweigert. Neumünster. So mußte es kommen! Gegen die Leute, die am 12. Januar anlässlich der Straßendemonstrationen durch die Polizei Säbelhiebe erhalten haben und die dieserhalb Entschädigungsanspruch gegen die Stadt geltend machten, ist jetzt auf Veranlassung der Polizeiverwaltung ein Strafverfahren wegen Teilnahme an einem Aufruhr eingeleitet worden. — Man könnte glauben in der verkehrten Welt zu sein, wenn man nicht wüßte, daß Neumünster in Preußen liegt. Wie festgestellt worden ist, haben Polizeibeamte ohne Veranlassung auf friedliche Bürger eingebauten und sie sogar zum Teil erheblich verletzt. Anstatt daß man die von der Polizei Angefallenen entschädigt und die betr. Beamten zur Rechenschaft zieht, sollen die Bürger bestraft werden. Natürlich hat auch die liberale Presse gegen ein derartiges unglaubliches Verfahren nichts einzuwenden. Teterow. Der Nebenerwerb des mecklenburgischen Landlehrers. In einem unweit der pommerischen Grenze gelegenen Dorfe hatte sich der mecklenburgische Domonial-Lehrer während des Unterrichts aus der Klasse entfernt, um einen Schmeinehandel abzumachen. In dieser Zeit wurde ein Schüler von seinem Nebenmann derart mit dem Fuße gestoßen, daß ein Arzt zu Rate gezogen werden mußte. Der Vater des verletzten Knaben strengte eine Schadenersatzklage gegen den Lehrer an, wurde jedoch vom Amtsgericht zu Teterow abgewiesen. Ein darauf vom Volksschulinspektor (Pastor) eingezogenes Gutachten, ob der Lehrer während des Unterrichts die Klasse verlassen dürfe, lautete ungünstig für den Lehrer. Dieser beantragte ein Gegengutachten von dem Schulrat aus Schwerin, und dieses fiel günstig für den Lehrer aus. Das Gericht schloß sich dem Gutachten des Schulrats an und führte in seiner Entscheidung aus: Die Gehälter der Domoniallehrer sind notorisch derart gering, daß es dem Inhaber der Stelle nicht möglich ist, von dem Gehalt allein seinen und seiner Familie Unterhalt zu bestreiten. Der Domoniallehrer ist, wenn er kein Privatvermögen besitzt, gezwungen, zu einem Nebenerwerb zu greifen. — Auch ein deutsches Kulturbild! bemerkt dazu die „Frankfurter Zeitung“. Das Amtsblatt druckt diese Meldung ohne Kommentar ab. Und dabei sind es gerade ihm geistesverwandte Leute, welche an den miserablen Schulverhältnissen — nicht nur in Mecklenburg — schuld sind. Bülow. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag vormittag in der Papierfabrik von Pleck. Einem dort beschäftigten Monteur wurden im Querschneiden beide Beine abgeschnitten. Der Schwerverletzte wurde sofort nach Kollow überführt. Die Fabrik, welche bekanntlich im vorigen Frühjahr abgebrannt ist, hat den Betrieb erst seit acht Tagen wieder aufgenommen. Bremen. Die Bürgererschaft gegen den Senat. Nach einer sehr heftigen Debatte lehnte gestern die aus den linken Parteien bestehende Mehrheit der Bürgererschaft den Antrag des Senats wegen Ergänzung des Regierungsapparats ab; sie verlangt zuvor eine Änderung der Verfassung. Geestemünde. Großfeuer. Das Werkstatt- und Maschinengebäude der Geestemünder Eisenbahnverwaltung ist in der vorletzten Nacht total niedergebrannt. Sämtliche Geräte und Maschinen sind vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf etwa 100 000 Mk. Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Vöwig: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Insertate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.



Ein größeres gut erhaltenes Grammophon zu kaufen gesucht.  
Ang. mit Preisangabe unter **BE** an die Exped. d. Bl. erb.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich nicht mehr in der Buchhandlung von Herrn Otto Kath tätig bin, sondern seit 1. Februar ds. J. selbst mich etabliert habe.

Lieferung sämtlicher Romane, Fach-, Zeit- und Parteischriften frei ins Haus.

Eduard Teßmann jr., Buchhandlung, Rigibienstraße 36.

## Pfandhaus

A. Frankenthal  
Lederstraße 1. I.

## Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Bearbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen 2,20-6,45

Wanzenhosen 2,60-6,75

Schloßhosen 1,88-5,35

Leberziehhosen 1,08-3,95

Wanzenhosen 1,68-3,25

Leinwand-Jacken, schräge und gerade, 1,28  
Kragen, Hemden, Schlechtersachen, Friseurjacken,  
Kleider-Jacken, ebenfalls billig.  
Kuchen von 50 Pfg bis 1,88 Mk.  
Rote Lüneburgermarken.

Alten Eilsiter Bruchkäse  
Pfd. 30 Pfg.

Hans Wegener  
obere Wahrenstraße 10.

E. BOY, Fischhandlung  
Königsstr. 61, d. d. Fleisch-  
hauerstr. Telefon 115.

Große Rieker Pfahlmuscheln  
Duzend 8 Pfg.

Lebende Holsteinische Karpfen, Schleie,  
Aal, Barbe, Hechte, große Stachfen,  
von 5 Pfund schwer.

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

C. G. m. b. H.

## Versammlung

der Mitglieder in EUTIN u. Umg.  
am Sonntag, 16. Februar,  
nachmittags 3 Uhr.

im Lokale des Herrn W. Knickrehm,  
Gasthof „Stadt Altona“.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Stand und die Entwicklung der Verkaufsstelle in Eutin.

2. Wahl eines Mitglieder-Ausschusses.

Zu dieser Versammlung bitten wir die Mitglieder und deren Frauen, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

## Sterbefälle „Die Vertrauliche“ Lübeck.

Die Verwaltung liegt für das Rechnungsjahr 1908 in den Händen der Vorsteher J. W. H. Drath und J. J. Vagt.  
Den 12. Februar 1908.

Der Vorstand.

## Achtung! Kafearbeiter (zentral).

Mitglieder-  
Versammlung  
am Freitag, 14. Februar,  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Jahresbericht.  
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

## Bräutleute, besuchen Sie zuerst das Mobiliengeschäft v. Frieda Mohrmann

Johannisstraße 23, 1. Etage.

Empfehle besonders preiswert und gut: Salons, Taschen-, Mokett- und Plüschgarnituren in jeder gewünschten Ausführung u. Holzart. Schlafzimmereinrichtungen in mahagoni, eiche u. echt nußb., Satin mit u. ohne Intarsien, lackierte Schlafstubeneinrichtungen in jeder gewünschten Farbe, Matratzen in bester Ausführung in prima Drell. Büffet, Vertikow, Schreibtische in jeder Preislage, Kl. Beisetzische, Stummerdiener, Küchenmöbel, Stühle in nußb., eiche, mahagoni, Satin mit Rohr und Leder, Schreibtischsessel, Innendekorationen, eigene Tapezierwerkstätten unter Leitung eines bewährten Meisters. Informieren Sie sich über Preise und Sie werden staunen!!!

Verkauf nur gegen Kasse! Kostenanschläge und etwaige Entwürfe gratis. Prima Referenzen.

ULLSTEINS

## WELTGESCHICHTE

Die Geschichte der Menschheit; ihre Entwicklung in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben.

herausgegeben unter Mitarbeit von 23 hervorragenden deutschen Gelehrten von

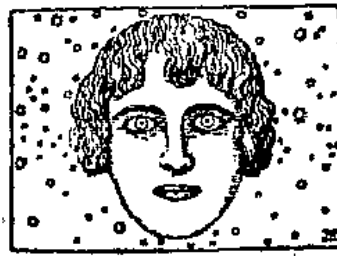
Prof. Dr. J. von Pflugk-Hartung

Archivrat am Königlichen Geheimen Staatsarchiv zu Berlin

Keine Weltgeschichte im alten Sinne des Wortes will dieses Werk sein, keine bloße Aufzählung von Kriegen und Schlachten, von Fürsten und Königen, von höfischen und diplomatischen Entwicklungen will es bieten. — Was es gibt, ist unendlich mehr, ist eine Darstellung des gesamten menschlichen Strebens und Wirkens nach jeder Richtung hin, ist schlechthin die „Geschichte der Menschheit“. — Mit dem Herausgeber Professor Dr. J. von Pflugk-Hartung haben sich die hervorragendsten Gelehrten zur Abfassung dieses monumentalen Werkes verbunden. Von der Urzeit, die der Beitrag von Ernst Haeckel veranschaulicht, bis zur unmittelbaren Gegenwart, die in Karl Lamprecht

ihren Darsteller gefunden hat, werden sämtliche Epochen der Menschheitsgeschichte von ihren berufensten Kennern geschildert.

Unterstützt und veranschaulicht wird die Darstellung durch Tausende von Illustrationen, bunte und einfarbige Tafeln, Darstellungen nach zeitgenössischen Kupferstichen, Holzschnitten, Flugblättern, Karikaturen, Karten, Münzen etc. Auf diesen Bilderschmuck wurde ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Langjährige, eifrige Arbeit in Bibliotheken und Archiven, in Klöstern und Museen, im Inland und Ausland, hat es ermöglicht, ein Material zu veröffentlichen, wie es in einer solcher Seltenheit und Vollständigkeit noch nie geboten wurde.



Ullsteins Weltgeschichte erscheint in zwei Gruppen: „Ältere Zeit“ und „Neuere Zeit“. Jede Gruppe ist in sich abgeschlossen und umfasst 80 Lieferungen à 60 Pfg. oder 3 Bände à 20 Mk. in dem von Prof. Franz v. Stuck entworfenen Originaleinband.

Zuerst erscheint die „Neuere Zeit“. Verlangen Sie sofort kostenlose unverbindliche Ansichtssendung der ersten Lieferung, oder nehmen Sie Einsicht in den ersten Band bei

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

Durch unseren Verlag zu beziehen:

## „Bilder aus Lübeck's Vergangenheit“.

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt-)Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hanfische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Wullenweber. — Lübeck's letzter hanfischer Krieg. — Die Kaiserlichen Unruhen. — Der große Bürger-Streik von 1609. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwand Mk. 5.—  
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 46.

Bestellungen werden von unseren Kolporteurs zu jeder Zeit entgegengenommen.

## Der Ausstoss unseres diesjährigen

## Bockbieres

beginnt

am Sonnabend, 15. Februar.

Adler-Brauerei.

Aktien-Brauerei Lübeck.

Brauerei H. Lück, Walkmühle.

Hansa-Brauerei, Aktiengesellschaft.

## Ball der Arbeiter u. Arbeiterinnen

der

Fischkonserven-Fabrik v. August Schumacher

am Freitag, den 14. Februar 1908

im Lokale des Herrn Dassler, „Kolosseum“.

Musik: Jacobs Konzert-Orchester.

Anfang 7 Uhr.

Ende morgens.  
Der Vorstand



## Karl Klotz †

Der Genosse Karl Klotz aus Stuttgart, dessen Erkrankung wir am Sonnabend mitteilen, ist leider Dienstag abend 11 Uhr im St. Georger Krankenhaus in Hamburg gestorben. Mitten in der Arbeit für den Holzarbeiterverband, dessen Vorsitzender er war, ist er aus dem Leben abberufen worden. Am Sonntag, 2. Februar, hatte er der Gaukonferenz in Hannover beigewohnt, sprach dann in den nächsten Tagen in Göttingen und Bielefeld und wollte nun nach Kiel, um dort in einer Versammlung zu sprechen und dann an der Gaukonferenz in Rostock am 9. Februar teilzunehmen. Auf der Durchreise übernachtete er in Hamburg im Gewerkschaftshaus, wo er in der Nacht zum Freitag, 7. d. Mitts., einen Blutsturz bekam, so daß er am Freitag mittag schwer krank ins St. Georger Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er nun sein Leben aushauchte. Die Todesursache soll eine Magenblutung sein.

Karl Klotz wurde am 15. April 1847 in Berlin geboren, ist also 61 Jahre alt geworden. Er konnte auf eine reiche Tätigkeit für die Arbeiterchaft zurückblicken. Schon in der vorsozialistengesellschaftlichen Zeit beteiligte er sich regen an der Gewerkschafts- und Partiarbeit. Von größerer Bedeutung war aber seine Tätigkeit für die engere Berufs-, wie für die allgemeine Arbeiterbewegung in den Jahren des Unruhmesjahres. Er hat in dieser Zeit, der schwersten Zeit unserer Bewegung, wo jedes selbständige Organisationsleben der Arbeiterchaft vernichtet war, eine lebhaftige Tätigkeit zur Gründung von Gewerkschaften entfaltet, und dadurch einen bedeutenden Anstoß zum organisatorischen Zusammenschluß der Gesamtarbeiterchaft gegeben. Von ihm ging die Gründung des Stuttgarter Schreinerfachvereins aus, er war der Führer der Arbeiter in der großen Schreinerasperrung in Stuttgart im Jahre 1883, dem ersten großen wirtschaftlichen Kampf unter dem Ausnahmegefeß. Er trug in dieser Zeit die Tischlerbewegung weit über Stuttgarts Mauern hinaus und gab die erste Anregung zur Gründung einer Zentralorganisation der Tischler, die dann auf dem von ihm einberufenen Tischlerkongreß — vom 27. bis 29. Dezember 1883 in Mainz — beschlossen wurde. Er genoß damals schon das Vertrauen seiner Kollegen in reichem Maße, so daß sie ihn zum Leiter der neugegründeten Organisation, dem späteren Tischlerverbande, wählten. Und dieses Vertrauens hat sich Karl Klotz bis zu seinem Tode durchaus würdig gezeigt. Er hat die Organisation der Tischler durch die sozialistengesellschaftliche Zeit hindurch mit Umsicht und Geschick geleitet, aller Enttäuschungen und Verfolgungen und Entbehrungen, die seine Stellung ihm brachte, nicht achtend. Er hat als Erster mit die Anregung zur Gründung des Holzarbeiterverbandes gegeben, er gab auch den ersten Anstoß zur Pflege internationaler Beziehungen unter der Holzarbeiterchaft. Und selbst im gereiften Alter noch widmete er sich mit dem alten Eifer und der alten Selbstlosigkeit der Organisation, die er gründete half, und die er 25 Jahre geleitet hat. Aber die Berufsbewegung hinaus hat Karl Klotz stets auch die gewerkschaftliche Bewegung im allgemeinen und die politische Arbeiterbewegung nach Kräften zu fördern versucht. Er hat den Zusammenschluß der Gewerkschaften bei der Generalkommission mit vorbereitet, er hat vor allem aber unter dem Ausnahmegefeß eine rege politische Tätigkeit entfaltet und an der Reorganisation auch der Partei in jener Zeit hervorragend mitgewirkt. Er hat 21 Jahre lang für die Partei bei allen Wahlen in Stuttgart kandidiert, er hat fünf Jahre, von 1898 bis

1903, Stuttgart im Reichstag vertreten und wirkte seit dreizehn Jahren als Vertreter der Partei im württembergischen Landtag, seit 17 Jahren im Stuttgarter Stadtparlament. Auch in diesen Stellungen, in die er durch das Vertrauen seiner Genossen berufen worden ist, hat Karl Klotz eine für die Allgemeinheit und die Arbeiterchaft im speziellen segensreiche Tätigkeit entfaltet.

Es ist ein reiches Leben, das mit Karl Klotz' Tod seinen Abschluß gefunden hat, ein Leben voll Mühe und Arbeit im Interesse der Arbeitersache, aber auch ein Leben reich an Erfolgen. Karl Klotz war mit dabei, wo es galt, der Arbeiterbewegung neuen Impuls zu geben, sie auszubauen, ihr breitere Grundlagen zu geben, ihre Stoffkraft zu stärken. Er hat diese Bewegung selbst mit aus kleinste Anfängen einer großen Entwicklung zugeführt, er konnte sich aber auch noch an den Erfolgen unserer Sache erfreuen, die er in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit vorbereiten half.

Nun ruht er aus von schweren Kämpfen. In der deutschen Arbeiterbewegung, in der internationalen Bewegung des Proletariats hat er sich ein unvergängliches Denkmal gesetzt.

Ehre seinem Andenken!

## Wozu die Scharfmacher die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ausnutzen wollen.

In ihrer letzten Nummer nimmt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Gelegenheit, die Stellung der Scharfmacher zu der Frage der Arbeitslosigkeit zu präzisieren. Das Blatt beginnt seine Ausführungen damit, indem es zunächst die von echt manchesterlichem Geiste getragenen Worte des Blockfreisinnigen Fischbecks in der Berliner Stadtverordnetenversammlung als höchste staatsmännliche Weisheit preist. Fischbeck habe ganz recht: Wer arbeiten wolle, könne auf die Dörfer gehen und dort arbeiten wolle, dem sei überhaupt nicht zu helfen. Der brave Fischbeck habe den Finger in eine klaffende Wunde gelegt. Jetzt gelte es, die Wunde zu heilen und dafür gebe es verschiedene Methoden: „Mit der Freizügigkeit sei das zunächst so eine Sache. Eine vollkommene Freizügigkeit dürfte es auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht geben.“ Und dann heißt es weiter:

Aber schon bei der Ordnung der Dinge, auf die unsere bürgerlichen Sozialreformer von heute zusehen, wird es sich für die Dauer kaum vermeiden lassen, daß die absolute Bewegungsfreiheit der einzelnen Individuen allmählich einer relativen Platz macht: d. h. man wird die Ansammlung immer größerer Menschenmassen in den Städten auf gewerblichem Wege unterbinden müssen, falls man dem Eintritt von tragischen Katastrophen vorbeugen gedenkt, wie sie zweifellos die Folge des Vorritzes wirklich verhängnisvoller wirtschaftlicher Krisen bilden werden. Ob diese Beschränkung der Freizügigkeit etwa nach überwiegendem Muster mit Hilfe der Verordnung zu bewirken sein wird, daß jeder, der sich in der Stadt niederlassen will, den Nachweis bestimmter Fähigkeiten oder eines bestimmten Kapitals zu erbringen hat, oder ob für die Abwanderung vom flachen Land in die Städte eine gewisse Altersgrenze vor allem für die jugendlichen Arbeiter festzusetzen ist, das mag dahingestellt bleiben. Irgend etwas derartiges wird aber trotz allem früher oder später ganz gewiß erfolgen. Man merkt schon, wo das industrielle Scharfmachertum hinaus will. Es stößt seinem agrarischen Bruder ein

klein von der Beschränkung der Freizügigkeit. Was diese Kleingeisterei bedeuten soll, ersieht man dann aus den folgenden Ausführungen:

„Vorläufig ist es die Sache des Unternehmers, tums in Stadt und Land, aus eigener Kraft auf die Abstellung der in dieser Hinsicht obwaltenden Unzulänglichkeiten hinzuwirken. Ein Überfluß von unqualifizierten Arbeitskräften in der Stadt — ein immer verhängnisvoller sich gestaltender Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande! Dort ein Wechsel an Bedarf von Arbeitskräften je nach dem Stande der Konjunktur — hier eine fast unverändert andauernde Stabilität der Arbeitsgelegenheit! Was liegt angehts dessen näher, als die Übertragung des Prinzips der ländlichen Genossenschaften auf das Gebiet der Arbeitsvermittlung? Was näher, als die Verständigung zwischen Stadt und Land über die rechtzeitige Einteilung des vorhandenen Arbeitermaterials zum Nutzen aller Teile, insbesondere auch zum Nutzen der Arbeiter selbst? Hier wie dort freilich wird man sich zu Konsequenzen aller Art verstehen müssen, wenn wirklich etwas Bedeutsames zu Tage gefördert werden soll.“

Mit Neid betrachteten die industriellen Scharfmacher das idyllische Verhältnis, welches zwischen den agrarischen Scharfmachern und „ihren“ Arbeitern besteht, wo man „Arbeitsmaterial“ als Gebrauchsgegenstände verschadert. Deshalb steuern sie mit aller Macht darauf hin, diese „idyllischen“ Verhältnisse auch auf die Industrie zu übertragen, woran wiederum auch die agrarischen Scharfmacher das größte Interesse haben. Mit vereinten Kräften soll deshalb darauf eingewirkt werden, daß Arbeitsnachweise und der ganze sozialpolitische „Mumpst“ fallen und anstelle der Gewerbeordnung schließlich die Gesindeordnung gestellt werde. Wenn dann ein industrieller Scharfmacher Arbeiter braucht, so schreibt er um eine „Sendung Industriearbeiter“ per sofortiger Lieferung an die landwirtschaftliche Genossenschaft und diese liefert ihm dann einen „Waggon“ Arbeiter gewünschter Art. Genau so wird es umgekehrt gemacht.

Nach diesem Plane malt sich das Scharfmachertum die Fischbeck'sche Arbeitslosigkeitstheorie aus. In wesentlichen sind dies ja auch nichts anders als praktische Anordnungen zur Durchführung der freisinnigen Vor schläge, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Und da im gegenwärtigen Zeitalter der Blockpolitik ja kein Ding unmöglich ist, kann man wohl in Hilfe entsprechende Anträge im Reichstage vernehmen. Vielleicht, daß bei der bevorstehenden Revision der Gewerbeordnung kurz und bündig vom Blocke beschlossen wird, die Gewerbe-Ordnung durch die preußische Gesindeordnung zu ersetzen. Dann hätte alle wirtschaftliche Misere ein Ende und auch in der Industrie herrschte die Idylle Ostindiens.

## Von der Arbeit auf unseren Schiffen.

Ein Handwerker aus Süddeutschland teilt dem „Vorwärts“ einiges aus seinen Erlebnissen auf einem deutschen Schiff mit und bittet um Veröffentlichung, um andere Arbeiter davor zu warnen, sich zur Anwerbung auf deutschen Schiffen verleiten zu lassen.

Er schreibt: Auf meiner Wanderchaft als Handwerksbursche kam ich nach Genua, Arbeit hatte ich nicht erhalten. Dieser Umstand aber noch weit mehr Wissensdrang und Abenteuerlust veranlaßten mich, bei der Hamburg-Amerika-Linie eine Stellung als Kochsmaat auf dem Dampfer „Hamburg“ anzunehmen. In meinem Leben hatte ich manchmal recht hart mitleidlose Ausbeutung kennen gelernt. Das war aber alles Kinderspiel ge-

## König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(22. Fortsetzung.)  
England war in Bewegung geraten durch die Landung des holländischen Heeres. Auf allen Landstraßen sah man bewaffnete Scharen, bald Milizen, bald Soldaten des Königs, bald Edelleute mit ihrem Gefolge, die dem Westen zufliehen und wohin sie kamen, mit Jubel empfangen wurden. Einige Male hörte man von kleinen Gefechten zwischen den Abteilungen des königlichen Heeres und diesen Reitern des Adels, denen man den Durchlaß verweigerte oder sie nach Haus schickte wollte, und während Jakob zu keinem energischen Entschluß kommen konnte, stand der niederländische Prinz unbeweglich und wartete den moralischen Eindruck seines Erscheinens und die Tätigkeit seiner Verbündeten ab.

London konnte alles entscheiden, aber diese Hauptstadt, welche damals kaum 400 000 Einwohner zählte, war ebenfalls in zwei große Parteien geteilt. — Die Partei der Unzufriedenen war freilich die bei weitem größere; sie hatte die Masse des Volks für sich und alle freiheitsliebenden und charakterstarken Männer; allein viele der reichen Kaufleute und großen Gewerbetreibenden, wie alle die Schwachen und Halben, welche nach Ordnung und Ruhe schreien und lieber die gefahrlöse Gewalt über sich ergehen lassen, als mühtig zu ihrem Recht stehen, bildeten die Widerpart. Dazu kamen die Leute, welche vom Hofe lebten und Nutzen von ihm zogen; die Hoflieferanten aller Art, die friedlichen, feilen Wahlbürger, die reichen Grundbesitzer und der breite Schwarm der Nichtsteuer und Angestellten, die von einer solchen nach Absolutismus strebenden Regierung auf Kosten des Volkes ernährt und zu allerlei Schergendiensten gebraucht werden.

König Jakob wußte recht gut, was er von seinen Londoner Bürgern zu halten hatte. In der letzten Zeit hatte der Prozeß der Bischöfe sie zornig gestimmt und die religiösen Beschränkungen, die Furcht vor Papisten und Papismus sie gegen den König aufgebracht; aber die Entlassung Sunderlands und die Entfernung des Vater Petre aus dem Staatsrate genügte, um die königliche Rücksicht wieder mit Ehrenbezeugungen zu begleiten, wo sie erließen. In Deputationen des Magistrats, den Lord-Marschall

oder Bürgermeister mit der goldenen Kette an ihrer Spitze, einen jener elenden, schwachmühtigen Männer, die der Zufall in solchen Zeiten oft an wichtige Plätze stellt, wurde die Ergebenheit der Hauptstadt dem Könige dargelegt, der durch solche Untertänigkeit und Treue in seinen Absichten bestärkt werden mußte. Er sollte bald zu seinem Schaden erfahren, wie wenig dieser gesinnungslose Magistrat die wahre Meinung des Volkes darstellte; so viel jedoch war gewiß, daß, so lange die Armee in und vor der Hauptstadt lagerte, und so lange nicht die Lage des Königs eine unglückliche Wendung nahm, er vor jedem Aufstand Londons sicher sein konnte. Der Böbel Londons wurde im Jaum gehalten aus Angst vor seiner Wut, und die unzufriedenen Elemente verbargen sich so lange, als sie Jeffrey's und die Rotten der Polizeikonstabler zu fürchten hatten. — Die Milizregimenter, das heißt die Bürgerwehr, wurden aufgeboten, um die Ruhe zu sichern, ihre Offiziere erhielten Gnadenbeweise und schmeicheilhafte Worte, die sie mit Beteuerungen ihrer Treue beantworteten; aber ganz anders lautete die Sprache, welche in den Kaffeehäusern, den Tavernen, Bierhäusern und Kneipen geführt wurde. Da es keine Zeitungen gab als die Staats- und Hof-Zeitung, waren die Gerüchte um so tätiger. Man erzählte das Erstaußlichste von den holländischen Regimentern, von ihrer Kriegszucht, ihrer Treulosigkeit, von den strengen Befehlen des Prinzen, von der Art, wie jedes Ei bezahlt werde, von der Milde und Tapferkeit seiner Offiziere, vom alten Marschall Schomburg, dem Generalissimus in weißen Haaren, und endlich von dem Statthalter selbst, dem Gemahl der rechtmäßigen Thronerbin Maria. Unbekannte Hände streuten die Proklamationen des Prinzen aus, welche das Sündenregister König Jakobs enthielten und die lange Reihe seiner Bluttaten aufzählten. Man flüsterte sich zu, daß der Prinz als Freund, als Rächer und Retter gekommen sei, daß er des Volkes Rechte und Freiheiten herstellen werde, und erzählte jubelnd, wie alle Tage das Lager des Prinzen größer werde, wie die Grafen von Danby und Devonshire mit großem Gefolge gekommen seien, in Schottland der Aufstand ausbreche, die Papisten überall verjagt würden und Lord Dartmouth kaum noch instande sei, die Matrosen und Seesoldaten in Gehorsam zu halten. — Dazwischen liefen düstere Gerüchte umher von den Plänen des Königs und der Katholiken, von einer Mordnacht mit Hilfe der irischen Regimenter, von Waffen und Pulvermassen, die in den neu errichteten Klöstern

verborgen seien, und während London in seinen Tiefen mit den Wogen des Sturmes ging, die dann und wann eine wild schäumende Spitze bis auf die Oberfläche der murrenden See warfen, stürzte der Regen wochenlang in Strömen vom Himmel und löste alle Wege demachen auf, daß es fast unmöglich für den einzelnen wurde, im Lande fortzukommen, um so weniger für Heeresmassen, die sich blutige Schlachten liefern wollten. —

Im Palazzo von Wittehall sammelten sich Generale, Pairs und vornehme Herren täglich um den König, der jetzt nach Sunderlands Entfernung, die unumschränkste Herrschaft über die übrigen Minister und den Staatsrat ausübte. Günstlinge und Schmeichler riefen ihm zu, daß der Sieg über alle Verräter ihm nicht fehlen könne, und wenn Jakob seine Blicke auf die Säle warf, welche seine Hofschranzen und ergebenen Diener füllten, wenn er die Höfe des Palastes betrachtete, wo seine Gedanken gemustert wurden und die Dragonerregimenter vorbeizogen, welche er westwärts vorwärts schickte, verschwanden die unheimlichen Gedanken und sein Zorn über die Anmaßungen geistlicher und adliger Herren, die es wagten, Vorwürfe und Forderungen an ihn zu richten.

In voller Entrüstung hatte er den Erzbischof von Canterbury entlassen, der mit seinen Bischöfen eine Verdamnungsakte gegen den Prinzen von Oranien veröffentlichten sollte und sich dessen weigerte. Statt dessen zählte der Erzbischof alle die Beleidigungen auf, die der Kirche von den Kreaturen des Hofes angetan waren. Gegen den Aufruf, den der König verlangte, brachte er Entschuldigungen und Einwendungen vor.

„Ich will es so!“ rief Jakob endlich heftig, „und ich bin Euer König. Meine Sache ist es, zu prüfen, wo das Beste ist.“

„In allem, was das Christentum fordert,“ erwiderte der Erzbischof demütig, „wollen wir Ew. Majestät getreulich unterstützen, als Priester mit unseren Gebeten, als Pairs des Reichs durch unseren Rat im Parlament.“

Bei diesem Worte stampfte der König wild auf den Boden, dann wendete er sich ab und sagte: „Ich will Euch nicht länger aufhalten. Da Ihr mir nicht helfen wollt, so muß ich mir selbst vertrauen und meinen Waffen.“

Aber nun kamen neunzehn weltliche Lords und forderten die Berufung des freien und loyalen Parlaments.



Ein größeres gut erhaltenes Grammophon zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisangabe unter B E an die Exped. d. Bl. erb.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich nicht mehr in der Buchhandlung von Herrn Otto Kath tätig bin, sondern seit 1. Februar d. J. selbst mich etabliert habe.

Lieferung sämtlicher Romane, Fach-, Zeit- und Parteischriften frei ins Haus.  
Eduard Teßmann jr., Buchhandlung, Argibienstraße 36.

**Pfandhaus**  
A. Frankenthal  
Lederstraße 1. I.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** 10.  
Köln  
Sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. u. A.:  
Lederhosen 2,20—3,45  
Wanzenhosen 2,80—3,75  
Schlofferhosen 1,88—2,25  
Heberhosen 1,68—2,25  
Wanzenhosen 1,68—2,25  
Lehne Jacken, Jacken und gerobe 1,28  
Räcken, Semden, Schlachterjacken, Hosenjacken, Wintermäntel ebenfalls billig.  
Küchen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.  
Note Subcomarfen.

Alten Eißfiter Bruchkäse  
Pfd. 30 Pfg.  
**Hans Wegener**  
obere Wahnstraße 10.

**E. BOY, Fischhandlung**  
Königsstr. 61, b. d. Fleischhauerstr. Telephon 115.  
**Große Rieker Pfahlmuscheln**  
Dutzend 8 Pfg.  
Lebende Goldsteinische Karpfen, Schleie, Aal, Barsche, Hechte, große Brachsen, von 5 Pfund schwer.

**Konsumverein**  
für Lübeck und Umgegend.  
E. S. u. S. P.

**Versammlung**

der Mitglieder in EUTIN u. Umg.  
am Sonntag, 16. Februar,  
nachmittags 3 Uhr,  
im Lokale des Herrn W. Knickrehm,  
Gasthof „Stadt Altona“.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht über den Stand und die Entwicklung der Verkaufsstelle in Eutin.  
2. Wahl eines Mitgliederausschusses.

Zu dieser Versammlung bitten wir die Mitglieder und deren Frauen, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Sterbekasse „Die Vertrauliche“**  
Lübeck.

Die Verwaltung liegt für das Rechnungsjahr 1908 in den Händen der Vorsteher J. W. H. Drath und J. J. Vagt.  
Den 12. Februar 1908.

Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Kafenarbeiter**  
(zentral).

**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Freitag, 14. Februar,  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Jahresbericht.  
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.

Der Vorstand.

**Brautleute, besuchen Sie zuerst das**  
**Mobiliengeschäft v. Frieda Mohrmann**

Johannisstraße 23, 1. Etage.

Empfehle besonders preiswert und gut: Salon-, Taschen-, Mokett- und Blüschgarnituren in jeder gewünschten Ausführung u. Holzart. Schlafzimmereinrichtungen in mahagoni, eiche u. echt nußb., Satin mit u. ohne Intarsien, lackierte Schlafstubeneinrichtungen in jeder gewünschten Farbe, Matratzen in bester Ausführung in prima Dress. Büffet, Vertikow, Schreibtische in jeder Preislage, kl. Besetztische, Stummerdiener, Küchenmöbel, Stühle in nußb., eiche, mahagoni, Satin mit Rohr und Leder, Schreibtischsessel, Innendekorationen, eigene Tapezierwerkstätten unter Leitung eines bewährten Meisters. Informieren Sie sich über Preise und Sie werden staunen!!!

Verkauf nur gegen Kasse! Kostenanschläge und etwaige Entwürfe gratis. Prima Referenzen.

ULLSTEINS  
**WELTGESCHICHTE**

Die Geschichte der Menschheit; ihre Entwicklung in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben,

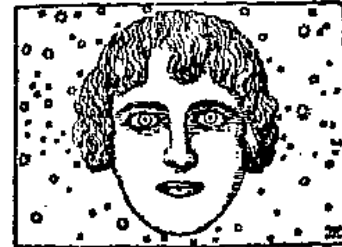
herausgegeben unter Mitarbeit von 23 hervorragenden deutschen Gelehrten von

**Prof. Dr. J. von Pflugk-Hartung**

Archivrat am Königlichen Geheimen Staatsarchiv zu Berlin

Keine Weltgeschichte im alten Sinne des Wortes will dieses Werk sein, keine bloße Aufzählung von Kriegen und Schlachten, von Fürsten und Königen, von höfischen und diplomatischen Verwicklungen will es bieten. — Was es gibt, ist unendlich mehr, ist eine Darstellung des gesamten menschlichen Strebens und Wirkens nach jeder Richtung hin, ist schlechthin die „Geschichte der Menschheit“. — Mit dem Herausgeber Professor Dr. J. von Pflugk-Hartung haben sich die hervorragendsten Gelehrten zur Abfassung dieses monumentalen Werkes verbunden. Von der Urzeit, die der Beitrag von Ernst Haeckel veranschaulicht, bis zur unmittelbaren Gegenwart, die in Karl Lamprecht

ihren Darsteller gefunden hat, werden sämtliche Epochen der Menschheitsgeschichte von ihren berufensten Kennern geschildert. Unterstützt und veranschaulicht wird die Darstellung durch Tausende von Illustrationen, bunte und einfarbige Tafeln, Darstellungen nach zeitgenössischen Kupferstichen, Holzschnitten, Flugblättern, Karikaturen, Karten, Münzen etc. Auf diesen Bilderschmuck wurde ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Langjährige, eifrige Arbeit in Bibliotheken und Archiven, in Klöstern und Museen, im Inland und Ausland, hat es ermöglicht, ein Material zu veröffentlichen, wie es in einer solcher Seltenheit und Vollständigkeit noch nie geboten wurde.



Ullsteins Weltgeschichte erscheint in zwei Gruppen: „Aeltere Zeit“ und „Neuere Zeit“. Jede Gruppe ist in sich abgeschlossen und umfasst 80 Lieferungen à 60 Pfg. oder 3 Bände à 20 Mk. in dem von Prof. Franz v. Stuck entworfenen Originaleinband.

Zuerst erscheint die „Neuere Zeit“. Verlangen Sie sofort kostenlose unverbindliche Ansichtssendung der ersten Lieferung, oder nehmen Sie Einsicht in den ersten Band bei:

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

Durch unseren Verlag zu beziehen:

**„Bilder aus Lübeck's**  
**Vergangenheit“.**

Zusammengestellt von  
**Theodor Schwartz.**

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Wertes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“) Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hanfische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Wullenweber. — Lübeck's letzter hanfischer Krieg. — Die Reizer'schen Unruhen. — Der große Bürger-Streik von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Bänke. — Die Gefellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwand. Mk. 5.—  
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

**Friedr. Meyer & Comp.**  
Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“  
Johannisstraße 46.

Bestellungen werden von unseren Kolporteurs zu jeder Zeit entgegenommen.

**Der Ausstoss unseres**  
**diesjährigen**

**Bockbieres**

beginnt

**am Sonnabend, 15. Februar.**

**Adler-Brauerei.**  
**Aktien-Brauerei Lübeck.**  
**Brauerei H. Lück, Walkmühle.**  
**Hansa-Brauerei, Aktiengesellschaft.**

**Ball der Arbeiter u. Arbeiterinnen**

der

**Fischkonserven-Fabrik v. August Schumacher**

am Freitag, den 14. Februar 1908

im Lokale des Herrn Dassler, „Kolosseum“.

Musik: Jacobs Konzert-Orchester.

Anfang 7 Uhr.

Ende morgen.

Der Vorstand



## Karl Klotz †

Der Genosse Karl Klotz aus Stuttgart, dessen Erkrankung wir am Sonnabend meldeten, ist leider Dienstagabend 11 Uhr im St. Georger Krankenhaus in Hamburg gestorben. Mitten in der Arbeit für den Holzarbeiterverband, dessen Vorsitzender er war, ist er aus dem Leben abgerufen worden. Am Sonntag, 2. Februar, hatte er der Gaukonferenz in Hannover beigewohnt, sprach dann in den nächsten Tagen in Göttingen und Bielefeld und wollte nun nach Kiel, um dort in einer Versammlung zu sprechen und dann an der Gaukonferenz in Rostock am 9. Februar teilzunehmen. Auf der Durchreise übernachtete er in Hamburg im Gewerkschaftshaus, wo er in der Nacht zum Freitag, 7. d. Mts., einen Blutsturz bekam, so daß er am Freitag mittag seiner krank ins St. Georger Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er nun sein Leben aushauchte. Die Todesursache soll eine Magenblutung sein.

Karl Klotz wurde am 15. April 1847 in Berlin geboren, ist also 61 Jahre alt geworden. Er konnte auf eine reiche Tätigkeit für die Arbeiterchaft zurückblicken. Schon in der vorsozialistengesetzlichen Zeit betätigte er sich regen an der Gewerkschafts- und Partiarbeit. Von größerer Bedeutung war aber seine Tätigkeit für die engere Berufs-, wie für die allgemeine Arbeiterbewegung in den Jahren des Ausnahmegesetzes. Er hat in dieser Zeit, der schwersten Zeit unserer Bewegung, wo jedes selbständige Organisationsleben der Arbeiterchaft vernichtet war, eine lebhaftige Tätigkeit zur Gründung von Gewerkschaften entfaltet, und dadurch einen bedeutenden Anstoß zum organisierten Zusammenschluß der Gesamtarbeiterchaft gegeben. Von ihm ging die Gründung des Stuttgarter Schreinerfachvereins aus, er war der Führer der Arbeiter in der großen Schreinerstreikperrung in Stuttgart im Jahre 1883, dem ersten großen wirtschaftlichen Kampf unter dem Ausnahmegesetz. Er trug in dieser Zeit die Tischlerbewegung weit über Stuttgarts Mauern hinaus und gab die erste Anregung zur Gründung einer Zentralorganisation der Tischler, die dann auf dem von ihm einberufenen Tischlerkongress — vom 27. bis 29. Dezember 1883 in Mainz — beschlossen wurde. Er genoß damals schon das Vertrauen seiner Kollegen in reichem Maße, so daß sie ihn zum Leiter der neugegründeten Organisation, dem späteren Tischlerverbande, wählten. Und dieses Vertrauens hat sich Karl Klotz bis zu seinem Tode durchaus würdig gezeigt. Er hat die Organisation der Tischler durch die sozialistengesetzliche Zeit hindurch mit Umsicht und Geschick geleitet, aller Enttäuschungen und Verfolgungen und Entbehrungen, die seine Stellung ihm brachte, nicht achtend. Er hat als Erster mit die Anregung zur Gründung des Holzarbeiterverbandes gegeben, er gab auch den ersten Anstoß zur Pflege internationaler Beziehungen unter der Holzarbeiterchaft. Und selbst im gereiften Alter noch widmete er sich mit dem alten Eifer und der alten Selbstlosigkeit der Organisation, die er gründete half, und die er 25 Jahre geleitet hat. Über die Berufsbewegung hinaus hat Karl Klotz stets auch die gewerkschaftliche Bewegung im allgemeinen und die politische Arbeiterbewegung nach Kräften zu fördern versucht. Er hat den Zusammenschluß der Gewerkschaften bei der Generalkommission mit vorbereitet, er hat vor allem aber unter dem Ausnahmegegesetz eine rege politische Tätigkeit entfaltet und an der Reorganisation auch der Partei in jener Zeit hervorragend mitgewirkt. Er hat 21 Jahre lang für die Partei bei allen Wahlen in Stuttgart kandidiert, er hat fünf Jahre, von 1898 bis

1903, Stuttgart im Reichstag vertreten und wirkte seit dreizehn Jahren als Vertreter der Partei im württembergischen Landtag, seit 17 Jahren im Stuttgarter Stadtparlament. Auch in diesen Stellen, in die er durch das Vertrauen seiner Genossen berufen worden ist, hat Karl Klotz eine für die Allgemeinheit und die Arbeiterchaft im speziellen segensreiche Tätigkeit entfaltet.

Es ist ein reiches Leben, das mit Karl Klotz' Tod seinen Abschluß gefunden hat, ein Leben voll Mühe und Arbeit im Interesse der Arbeiterchaft, aber auch ein Leben reich an Erfolgen. Karl Klotz war mit dabei, wo es galt, der Arbeiterbewegung neuen Impuls zu geben, sie auszubauen, ihre breitere Grundlagen zu geben, ihre Stöckkraft zu stärken. Er hat diese Bewegung selbst mit aus kleinsten Anfängen einer großen Entwicklung zugeführt, er konnte sich aber auch noch an den Erfolgen unserer Sache erfreuen, die er in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit vorbereiten half.

Nun ruht er aus von schweren Kämpfen. In der deutschen Arbeiterbewegung, in der internationalen Bewegung des Proletariats hat er sich ein unvergängliches Denkmal gesetzt.

Ehre seinem Andenken!

## Wozu die Scharfmacher die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ausnutzen wollen.

In ihrer letzten Nummer nimmt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Gelegenheit, die Stellung der Scharfmacher zu der Frage der Arbeitslosigkeit zu präzisieren. Das Blatt beginnt seine Ausführungen damit, indem es zunächst die noch manchesterlichem Geiste getragenen Worte des Blockreisfährigen Fischbecks in der Berliner Stadtverordnetenversammlung als höchste staatsmännliche Weisheit preist. Fischbeck habe ganz recht: Wer arbeiten wolle, könne auf die Dörfer gehen und wer nicht arbeiten wolle, dem sei überhaupt nicht zu helfen. Der brave Fischbeck habe den Finger in eine klaffende Wunde gelegt. Jetzt gelte es, die Wunde zu heilen und dafür gebe es verschiedene Methoden: „Mit der Freizügigkeit sei das zunächst so eine Sache. Eine vollkommene Freizügigkeit dürfte es auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht geben.“ Und dann heißt es weiter:

Aber schon bei der Ordnung der Dinge, auf die unsere bürgerlichen Sozialreformer von heute zusteuern, wird es sich für die Dauer kaum vermeiden lassen, daß die absolute Bewegungsfreiheit der einzelnen Individuen allmählich einer relativen Platz macht: d. h. man wird die Ansammlung immer größerer Menschenmassen in den Städten auf gelegentlichem Wege unterbinden müssen, falls man dem Eintritt von tragischen Katastrophen vorzubeugen gedenkt, wie sie zweifellos die Folge des Eintritts wirklich verhängnisvoller wirtschaftlicher Krisen bilden werden. Ob diese Beschränkung der Freizügigkeit etwa nach überseeischem Muster mit Hilfe der Verordnung zu bewirken sein wird, daß jeder, der sich in der Stadt niederlassen will, den Nachweis bestimmter Fähigkeiten oder eines bestimmten Kapitals zu erbringen hat, oder ob für die Abwanderung vom flachen Land in die Städte eine gewisse Altersgrenze vor allem für die jugendlichen Arbeiter festzusetzen ist, das mag dahingestellt bleiben. Jene etwas derartige wird aber trotz allem früher oder später ganz gewiß erfolgen.

Man merkt schon, wo das industrielle Scharfmachertum hinaus will. Es flötet seinem agrarischen Bruder ein

klein von der Beschränkung der Freizügigkeit. Was diese Liebäugelei bedeuten soll, ersieht man dann aus den folgenden Ausführungen:

„Vorläufig ist es die Sache des Unternehmers in Stadt und Land, aus eigener Kraft auf die Abstellung der in dieser Hinsicht obwaltenden Unzulänglichkeiten hinzuwirken. Ein Überfluß von unqualifizierten Arbeitskräften in der Stadt — ein immer verhängnisvoller sich gestaltender Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande! Dort ein Wechsel an Bedarf von Arbeitskräften je nach dem Stande der Konjunktur — hier eine fast unverändert andauernde Stabilität der Arbeitsgelegenheit! Was liegt angeht dessen näher, als die Uebertragung des Prinzips der ländlichen Genossenschaften auf das Gebiet der Arbeitsvermittlung? Was näher, als die Verständigung zwischen Stadt und Land über die rechtzeitige Entteilung des vorhandenen Arbeitermaterials zum Nutzen aller Teile, insbesondere auch zum Nutzen der Arbeiter selbst? Hier wie dort freilich wird man sich zu Konsequenzen aller Art verstehen müssen, wenn wirklich etwas Bedeutsames zu Tage gefördert werden soll.“

Mit Reib betrachteten die industriellen Scharfmacher das idyllische Verhältnis, welches zwischen den agrarischen Scharfmachern und „ihren“ Arbeitern besteht, wo man „Arbeitsmaterial“ als Gebrauchsgegenstände verschaffert. Deshalb steuern sie mit aller Macht darauf hin, diese „idyllischen“ Verhältnisse auch auf die Industrie zu übertragen, woran wiederum auch die agrarischen Scharfmacher das größte Interesse haben. Mit vereinten Kräften soll deshalb darauf eingewirkt werden, daß Arbeitsnachweise und der ganze sozialpolitische „Mumpitz“ fallen und anstelle der Gewerbeordnung schließlich die Gesindeordnung gestellt werde. Wenn dann ein industrieller Scharfmacher Arbeiter braucht, so schreibt er um eine „Sendung Industriearbeiter“ per sofortiger Lieferung an die landwirtschaftliche Genossenschaft und diese liefert ihm dann einen „Waggon“ Arbeiter gewünschter Art. Genau so wird es umgekehrt gemacht.

Nach diesem Plane malt sich das Scharfmachertum die Fischbedeichte Arbeitslosigkeitstheorie aus. In wesentlichen sind dies ja auch nichts anders als praktische Anläufe zur Durchführung der freisinnigen Vorschläge, zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit. Und da im gegenwärtigen Zeitalter der Blockpolitik ja kein Ding unmöglich ist, kann man wohl in Bälde entsprechende Anträge im Reichstage vernehmen. Vielleicht, daß bei der bevorstehenden Revision der Gewerbeordnung kurz und bündig vom Blocke beschlossen wird, die Gewerbe- und Ordnung durch die preussische Gesindeordnung zu ersetzen. Dann hätte alle wirtschaftliche Misere ein Ende und auch in der Industrie herrschte die Idylle Ostseebens.

## Von der Arbeit auf unseren Schiffen.

Ein Handwerker aus Süddeutschland teilt dem „Vorwärts“ einiges aus seinen Erlebnissen auf einem deutschen Schiff mit und bittet um Veröffentlichung, um andere Arbeiter davor zu warnen, sich zur Anwerbung auf deutschen Schiffen verleiten zu lassen.

Er schreibt: Auf meiner Wanderschaft als Handwerksbursche kam ich nach Genua, Arbeit hatte ich nicht erhalten. Dieser Umstand aber noch weit mehr Wissensdrang und Abenteuerlust veranlaßten mich, bei der Hamburg-Amerika-Linie eine Stellung als Kochsmaat auf dem Dampfer „Hamburg“ anzunehmen. In meinem Leben hatte ich manchmal recht hart mitleidlose Ausbeutung kennen gelernt. Das war aber alles Kinderpiel ge-

## König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge. (22. Fortsetzung.)

England war in Bewegung geraten durch die Landung des holländischen Heeres. Auf allen Landstraßen sah man bewaffnete Scharen, bald Milizen, bald Soldaten des Königs, bald Edelleute mit ihrem Gefolge, die dem Westen zueilten und wohin sie kamen, mit Jubel empfangen wurden. Einige Male hörte man von kleinen Gefechten zwischen den Abteilungen des königlichen Heeres und diesen Reitern des Adels, denen man den Durchlaß verweigerte oder sie nach Haus schicken wollte, und während Jakob zu keinem energischen Entschluß kommen konnte, stand der niederländische Prinz unbeweglich und wartete den moralischen Eindruck seines Erscheinens und die Tätigkeit seiner Verbündeten ab.

London konnte alles entscheiden, aber diese Hauptstadt, welche damals kaum 400 000 Einwohner zählte, war ebenfalls in zwei große Parteien geteilt. — Die Partei der Unzufriedenen war freilich die bei weitem größere; sie hatte die Masse des Volks für sich und alle freibeweglichen und charakterstarken Männer; allein viele der reichen Kaufleute und großen Gewerbetreibenden, wie alle die Schwachen und Halben, welche nach Ordnung und Ruhe schreien und lieber die gefühllose Gewalt über sich ergehen lassen, als mutig zu ihrem Recht stehen, bildeten die Widerpart. Dazu kamen die Leute, welche vom Hofe lebten und Nutzen von ihm zogen; die Hoflieferanten aller Art, die friedlichen, feilen Wahlbürger, die reichen Grundbesitzer und der breite Schwarm der Nichtstuer und Ingestellten, die von einer solchen nach Absolutismus strebenden Regierung auf Kosten des Volkes ernährt und zu allerlei Schergerbenienst gebraucht werden.

König Jakob wußte recht gut, was er von seinen Londoner Bürgern zu halten hatte. In der letzten Zeit hatte der Prozeß der Bischöfe sie zornig gestimmt und die religiösen Beschränkungen, die Furcht vor Papisten und Wapissimus sie gegen den König aufgebracht; aber die Entlassung Sunderlands und die Entfernung des Vater Petre aus dem Staatsrate genügte, um die königliche Stütze wieder mit Ehrenbezeugungen zu begleiten, wo sie erschienen. In Deputationen des Magistrats, den Lord-Major

oder Bürgermeister mit der goldenen Kette an ihrer Spitze, einen jener elenden, schwachsinrigen Männer, die der Zufall in solchen Zeiten oft an wichtige Plätze stellt, wurde die Ergebenheit der Hauptstadt dem Könige dargelegt, der durch solche Untertänigkeit und Treue in seinen Absichten bestärkt werden mußte. Er sollte bald zu seinem Schaden erfahren, wie wenig dieser gesinnungslose Magistrat die wahre Meinung des Volkes darstellte; so viel jedoch war gewiß, daß, so lange die Armee in und vor der Hauptstadt lagerte, und so lange nicht die Lage des Königs eine unglückliche Wendung nahm, er vor jedem Aufstand Londons sicher sein konnte. Der Böbel Londons wurde im Zaum gehalten aus Angst vor seiner Wut, und die unzufriedenen Elemente verbargen sich so lange, als sie Jeffrey's und die Rotten der Polizeikontrollen zu fürchten hatten. — Die Milizregimenter, das heißt die Bürgerwehr, wurden aufgegeben, um die Ruhe zu sichern, ihre Offiziere erhielten Gnadenbeweise und schmeichelhafte Worte, die sie mit Beteuerungen ihrer Treue beantworteten; aber ganz anders lautete die Sprache, welche in den Kaffeehäusern, den Tavernen, Bierhäusern und Kneipen geführt wurde. Da es keine Zeitungen gab als die Staats- und Hof-Zeitung, waren die Gerüchte um so tätiger. Man erzählte das Erstauflächste von den holländischen Regimentern, von ihrer Kriegszucht, ihrer Treulosigkeit, von den strengen Befehlen des Prinzen, von der Art, wie jedes Ei bezahlt werde, von der Milde und Tapferkeit seiner Offiziere, vom alten Marschall Schomburg, dem Generalissimus in weißen Haaren, und endlich von dem Statthalter selbst, dem Gemahl der rechtmäßigen Thronerbin Maria. Unbekannte Hände streuten die Proklamationen des Prinzen aus, welche das Sündenregister König Jakobs enthielten und die lange Reihe seiner Bluttaten aufzählten. Man flüsterte sich zu, daß der Prinz als Freund, als Rächer und Retter gekommen sei, daß er des Volkes Rechte und Freiheiten herstellten werde, und erzählte jubelnd, wie alle Tage das Lager des Prinzen größer werde, wie die Grafen von Danby und Devonshire mit großem Gefolge gekommen seien, in Schottland der Auffstand ausbreche, die Papisten überall verjagt würden und Lord Dartmouth faun noch imtande sei, die Matrosen und Seesoldaten in Gehorsam zu halten. — Dazwischen liefen süße Gerüchte umher von den Plänen des Königs und der Katholiken, von einer Mordnacht mit Hilfe der irischen Regimenter, von Waffen und Pulvermassen, die in den neu errichteten Klöstern

verborgen seien, und während London in seinen Tiefen mit den Wogen des Sturmes ging, die dann und wann eine wild schäumende Spitze bis auf die Oberfläche der murmelnden See warfen, stürzte der Regen wochenlang in Strömen vom Himmel und löste alle Wege dermaßen auf, daß es fast unmöglich für den einzelnen wurde, im Lande fortzukommen, um so weniger für Heeresmassen, die sich blutige Schlachten liefern wollten. —

In Palaste von Whitehall sammelten sich Generale, Pairs und vornehme Herren täglich um den König, der jetzt nach Sunderlands Entfernung, die unumschränkste Herrschaft über die übrigen Minister und den Staatsrat ausübte. Günstlinge und Schmeichler riefen ihm zu, daß der Sieg über alle Verräter ihm nicht fehlen könne, und wenn Jakob seine Blicke auf die Säle warf, welche seine Hofschranzen und ergebenen Diener füllten, wenn er die Höhe des Palastes betrachtete, wo seine Garben gemustert wurden und die Dragonerregimenter vorüberzogen, welche er westwärts vorwärts schickte, verschwand die unheimlichen Gedanken und sein Zorn über die Unmaßungen geistlicher und adliger Herren, die es wagten, Vorwürfe und Forderungen an ihn zu richten.

In voller Entrüstung hatte er den Erzbischof von Canterbury entlassen, der mit seinen Bischöfen eine Verdammungsakte gegen den Prinzen von Oranien veröffentlichte und sich dessen weigerte. Statt dessen zählte der Erzbischof alle die Beleidigungen auf, die der Kirche von den Kreaturen des Hofes angetan waren. Gegen den Aufruf, den der König verlangte, brachte er Entschuldigungen und Einwendungen vor.

„Ich will es so!“ rief Jakob endlich heftig, „und ich bin Euer König. Meine Sache ist es, zu prüfen, wo das Beste ist.“

In allem, was das Christentum fordert, erwiderte der Erzbischof demütig, wollen wir Ew. Majestät getreulich unterstützen, als Priester mit unseren Gebeten, als Pairs des Reichs durch unseren Rat im Parlament.“

Bei diesem Worte stampfte der König wild auf den Boden, dann wendete er sich ab und sagte: „Ich will Euch nicht länger aufhalten. Da Ihr mir nicht helfen wollt, so muß ich mir selbst vertrauen und meinen Waffen.“

Aber nun kamen neunzehn weltliche Lords und forderten die Berufung des freien und loyalen Parlaments.



gen die Ausbeutung und Misshandlung des Menschen, die ich in meiner neuen Stellung kennen lernte. Schon das Logis, welches mir angewiesen wurde, gab mir einen kleinen Vorgeschmack von dem, was kommen sollte. Dasselbe befand sich im Zwischendeck, etwa einen Meter von einem von zirka 50 Personen benutzten Abort entfernt. Das Klosett war seit einigen Tagen verstopft. Der Unrat lief in unser Logis und stand dort etwa einen halben Fuß hoch. Unser Logisraum, in dem 15 Personen zuzubringen hatten, war fensterlos, nur mit einem Luftschacht versehen, der beim Stillliegen des Schiffes nicht ventiliert. Unsere Arbeitszeit begann um 1/2 6 Uhr morgens und währte bis 8-9 Uhr abends mit 1/2 bis einständiger Mittagspause. Wenn unsere Arbeitsverrichtungen selbst auch keine besonders schweren waren (sie bestanden in Provianttragen, Kartoffelschälchen usw.), so wirkte die Arbeit durch die 14 bis 15 stündige Arbeitszeit wochentags wie Sonntags doch außerordentlich ermattend.

Nun erst die Behandlung! Ich glaube kaum, daß ein Sklavenshalter seine Leute schlimmer behandelt. Die Handhabe zu einer solchen bietet die famose Seemannsordnung, welche die Untergebenen den Herren Vorgesetzten fast schuglos ausliefert. Auf der einen Seite die schwersten Strafen für Gehorsamsverweigerung und dergleichen, auf der anderen fast gar keinen Schutz für die Untergebenen gegen Beleidigungen und Mißhandlungen seitens der Vorgesetzten. Ein Verlassen der Arbeit ist unmöglich, denn falls jemand wo anders als im Anmusterungshafen das Schiff verläßt, verliert er seinen Lohn und wird außerdem noch wegen "Entweichens" (wie sich die Seemannsordnung ausdrückt) mit mindestens 40 Mk. Geldstrafe belegt. So kommt es, daß manchen die Verzweiflung ins Meer treibt. Oft genug heißt es, der Trimmer so und so ist auf der Reise von Genua nach Neuyork spurlos verschwunden.

Als ich mich wegen der abscheulichen Logisverhältnisse bei meinem Vorgesetzten, dem Oberkoch Matthäi beschwerte, erwiderte er: "In dem Logis wohnen die Kochsmaat en schon acht Jahre, da können Sie es auch aushalten". Da ich mich diesem Bescheid nicht zufrieden war, titulierte er mich Lump und Anarchist, der seine Kochsmaat en aufwiegen wolle. Außerdem bot er mir "ein paar in die Presse" an.

Als ich mit vom Schiffszarzt gegen die insolge der dumpfen Luft aufgetretenen Kopfschmerzen Pulver und für das Logis Desinfektionsmittel holte, machte der Arzt dem ersten Offizier von meiner Klage Meldung. Die Folge war nicht Abhilfe, sondern die Anrede an mich: "Sie Schafskopf, was haben Sie sich immer zu beschwerten?"

Auf der Rückreise erhielt ich gar vom ersten Offizier eine Verwarnung unter Hinweis auf den Meutereiparagraphen, weil nach der Behauptung des Oberkochs ich meinen Kollegen den Rat erteilt haben sollte, sich krank zu melden. Als ich den Oberkoch deshalb zur Rede stellte, erhielt ich Faustschläge ins Gesicht, so daß ich ohnmächtig zusammenbrach.

Nicht viel besser wie die Verhältnisse der Kochsmaat en waren die der übrigen Mannschaft. Die Arbeitszeit der Matrosen war eine zwölfstündige. Die Logisverhältnisse lassen auch dort viel zu wünschen übrig. Die Heizung und Trimmer arbeiteten zwar nur acht Stunden, allein auch diese Arbeitszeit ist für die schwere Arbeit entschieden zu lang. Dantes Phantasie konnte die Qualen der Hölle nicht heftlicher ausmalen, als die Arbeit in so einem Kohlenbunker in Wirklichkeit ist. Mancher ruiniert sich für sein Leben. Kranksein gibt es nicht. Mein Freund, der mit mir als Kochsmaat eintrat, war indirekt gezwungen, während der Reise als Trimmer umzumustern. Als er sich eines Morgens krank meldete, sagte ihm der Arzt: "Ich kann Sie nicht eher krank beziehungsweise arbeitsunfähig schreiben, ehe Sie nicht im Bunker ohnmächtig umsinken!"

Daß die Verhältnisse bei den Heizern und Trimmern ein wenig besser als früher sind, liegt daran, daß diese Leute einigermaßen organisiert sind. Allein die Organisation hat seit den letzten Streiks, die zungunsten der Arbeiter ausfielen, insbesondere dadurch einen schweren Stand, daß die Gesellschaften allerlei inter-

nationales Streikbrechergesindel heranziehen.

## Soziales und Parteileben.

Für Metallarbeiter ist bei Annahme von Arbeit darauf zu achten, daß je bestimmte Firmen Leute einstellen, um Lohnbrücker vorzunehmen zu können. Aus dem Grunde und anderen Ursachen bestehen Differenzen in Köpfeben: Maschinenfabrik und Eisenwerk Köpfeben, Aktiengesellschaft in Suhl und Heinrichs bei Suhl, Simson u. Co., Waffenfabrik, Kriegsfahrzeug- und Fahrradwerke, in Schönebeck a. S.: Metallindustrie und Fahrradfabrik Welter. In obigen Werken kann kein solidarisch gefonnener Metallarbeiter Arbeit annehmen.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe. In Frankfurt a. M. haben am Montag dieser Woche Verhandlungen begonnen über die Festsetzung der Lohntarife für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in dem sogenannten Gebiete des Main- und Mittelrheingaus. An den Verhandlungen sind beteiligt die Zentralverbände der Maurer, der Zimmerer, der baugewerblichen Hilfsarbeiter, der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter und schließlich als Gegenkontrahent der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Es soll verhandelt werden über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Frankfurt, Offenbach, Hanau, Höchst, Mainz, Darmstadt, Mannheim, Ludwigshafen, Worms, Mainz, Wehlar, Marburg, Gießen, Cassel, Hersfeld, Homburg v. d. S. und noch einigen anderen Orten. So wünscht es der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen sind allerdings anderer Meinung. In einer Vor-Konferenz am Sonnabend voriger Woche wurde von dem Vorsitzenden des Zimmererverbandes die Erklärung abgegeben, daß er nur befugt sei, für das Frankfurter Lohngelbheit, soweit es in dem Tarif von 1904 festgelegt ist, zu verhandeln; die Mitglieder seines Verbandes in Kassel, Mannheim etc. seien nicht gewillt, in Frankfurt über einen großen Bezirksvertrag zu verhandeln. Ähnliche Erklärungen gaben die Vertreter der übrigen Arbeiterorganisationen ab, eventuell müßten sie darauf bestehen, daß über bestimmte Fragen, z. B. den Lohn, in den kritischen Orten selbst verhandelt werde. Vorläufig kam eine Verständigung nur darüber zu stande, daß am Montag überhaupt in die Verhandlungen eingetreten werden sollte. Die vorläufige Verhandlungskommission besteht aus 11 Maurern vom Zentralverband und aus 6 Maurern vom Christlichen Verband; aus 12 Bauhilfsarbeitern vom Zentralverband und 1 vom Christlichen Verband. Der Arbeitgeberverband hat 8 Vertreter entsandt. Abgesehen vom Zentralverband der Zimmerer haben die drei anderen Arbeiterorganisationen in gemeinsamer Konferenz eine größere "Repräsentante" gewählt, die in schwierigen Fällen einberufen und in Verbindung mit den eigentlichen Unterhändlern der betreffenden Berufsgruppen Entscheidungen treffen soll. Diese größere Kommission wird auch darüber zu entscheiden haben, ob in allen Punkten in Frankfurt endgültig verhandelt werden kann, dann aber jedenfalls nur unter Pinzuziehung einer größeren Anzahl von Vertretern aus den jeweiligen Orten. Im übrigen läßt sich über den Fortgang der Verhandlungen heute noch nichts berichten, da auf Beschluß der Unterhandlungskommission die Ergebnisse der Verhandlungen erst nach ihrem Abschluß veröffentlicht werden sollen.

Was nicht gegen die guten Sitten verstößt! Die Firma Krupp hat eine sogenannte Pensionskasse eingerichtet, in die jeder Arbeiter Beiträge zahlen muß. Wenn die Arbeiter entlassen werden, bekommen sie von ihren eingezahlten Geldern nichts heraus. In der letzten Zeit klagten entlassene Arbeiter gegen die Werkfirma auf Herauszahlung ihrer Beiträge und erzielten z. B. vor dem Gewerbegericht Mainz ein obliegendes Urteil. Das Gewerbegericht erklärte das Verfahren der Firma als gegen die guten Sitten verstoßend. Anders urteilte das Gewerbegericht Eisen, der sich der Firma, in einem anderen Falle. Es stellte sich auf den entgegengesetzten Standpunkt und wies die um ihre langjährig geleisteten Beiträge gekommenen Arbeiter ab. Die von ihnen eingelegte Berufung — die Summen betragen 200 Mk. — wurde jetzt abgewiesen. Ein Verstoß gegen die guten Sitten läge nicht vor: denn — jedem Arbeiter liehe es frei, Kruppischer Arbeiter zu werden oder nicht! Eine Begründung eines Urteils, die jedenfalls nicht von irgend welcher wirklichen Kenntnis der sozialen Verhältnisse der Arbeiter besonders getrübt ist. Die Arbeiter können also nach diesem Urteil auch in Zukunft gezwungen werden, Beiträge zu den Wohlfahrtsanstalten einer Firma zu leisten, und wenn es der Firma einfällt, die Arbeiter hinauszu-

werfen, dann müssen die hinausgeworfenen Arbeiter auf ein eingezahltes Geld verzichten! Und das soll — nach Ansicht des Essener Gewerbe- und Landgerichts — nicht gegen die guten Sitten verstößen?!

Der Reichsverband und die von ihm protegierten Gelben sind eifrig an der Arbeit. In Magdeburg sind innerhalb der letzten 14 Tage zwei neue sogenannte Wertvereine gegründet worden, für den Betrieb der Firma Otto Gruson u. Co. und für die Maschinenfabrik Buckau A.-G. Damit bestehen in Magdeburg fünf gelbe Arbeitervereine und außerdem noch der Verein reichstreuher Arbeiter, der auf offiziell zu dem Reichsverband in nahen Beziehungen steht. Am Sonnabend sprach der fattsam bekannte Redakteur des gelben Blattes "Wund", Rudolf, Lebus, im Arbeiterverein des Krupp-Grusonwerkes über "Unsere moderne Arbeiterbewegung". Seine Ausführungen waren natürlich ein Sammelsurium von Verdächtigungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie. Korrumpirungsmöglichkeiten er hängenweise auf. Erheiternd wirkte seine Erklärung des Begriffes "modern". Die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften seien altmodisch, dagegen repräsentierten die gelben Wertvereine die moderne Arbeiterbewegung, da sie sich den Verhältnissen anzupassen wüßten. Eine häßliche Umschreibung für den Ausdruck "Streikbruch"! — Der Reichsverband richtet gegen Ende dieses Monats einen auf vier Wochen berechneten Kursus zur Ausbildung von Rednern in Magdeburg ein, zu dem nationalgenannte Männer aus allen Ständen und Berufen herangezogen werden sollen, insbesondere Arbeiter und Handwerker, die bereits einige Wortgewandtheit besitzen, denen es aber an geistigem Rüstzeug und Schulung fehlt. Der Lehrplan sieht so aus: 1. Arbeiterrecht auf Grund der Gewerbeordnung, 2. Die Entwicklung der deutschen politischen Parteien (Geschichte, Taktik und Ziele der Sozialdemokratie), 3. Heer und Flotte, 4. Handwerks- und Mittelstandsfragen, 5. Kolonialpolitik, 6. Redekunst, 7. parlamentarische Ordnung und praktische Agitation, 8. Arbeiterverhältnisse des In- und Auslandes. Besonders werden auch die Beiträge der gebeten, geeignete Teilnehmer namhaft zu machen. Der Reichsverband, der in Magdeburg einen Generalsekretär namens Laufen angestellt hat, will jetzt mit Gewalt die Sozialdemokratie vernichten. In den letzten Tagen überschwebte er ganz Magdeburg, besonders a. b. h. hängige kleine Handwerker und Kleinfürher mit seinen Druckflächchen, in denen er zum Beitritt aufforderte, wobei er als Lockmittel prahlerisch seine "Erfolge" heranzog. Daß anhängige Leute nichts mehr mit ihm zu tun haben wollen, hat er allerdings nicht verraten!

Ein krasser Fall behördlicher Gesetzeskenntnis. Daß mancher Jurist an seinem grünen Tisch keine Ahnung von dem wirklichen Leben, besonders dem der Arbeiterklasse, hat, ist eine altbekannte Tatsache. Erst kürzlich vor gar nicht langer Zeit ein wohlbestallter preussischer Amtsrichter zu Breslau in einer Schöffengerichtsverhandlung dem Angeklagten, der wegen einer Waiseiterrede vor dem Kadi stand, ganz naiv: "Der Aktusdombentag ist doch schon überall eingeführt." Erst nach dem Gutachten des Sachverständigen Professor Werner Sombart merkte er seine Blamage. Von welcher ungläubigen Unwissenheit manche Juristen aber selbst auf ihrem ureigenen Gebiete, der Gesetzeskenntnis, sind, sobald es sich um die Arbeiterklasse handelt, das zeigt ein haarsträubender Fall, den Regierungsrat Dittmann im "Versicherungsboten" mittelt. Ein Arbeiter zog sich durch einen Fall eine Wunde zu, sodas er länger arbeitsunfähig war. Die Krankenkasse hatte keine Unterfürungspflicht, weil er nur vorübergehend in Arbeit stand. Demütig bittet er in seiner bitteren Not den Arbeitgeber um eine milde Gabe, während ihm doch nach § 1211 Gewerbeunfallversicherung ein Recht auf Krankenunterfürung gegen den Arbeitgeber zusteht. Der Arbeitgeber, ein menschenfreundlicher Herr, bewilligte — Strafanzeige wegen Bettel zu stellen! Da der Vertreter der Staatsanwaltschaft, der Amtsanwalt und der Amtsrichter den genannten Paragraphen nicht kennen, erfolgt tatsächlich Verteilung zu 14 Tagen. Erst durch außerdienstliches Eingreifen eines städtischen Beamten wurde die Verteilung gegen den Schwereverbrecher aufgehoben und der Rechtsanspruch auf Krankenunterfürung durchgesetzt. Also bei fünf Personen, die als Nächstebeteiligte oder amttlich mit der Sache befaßt waren, so schließt Regierungsrat Dittmann, "hatte die Gesetzeskenntnis versagt und erst der Schöffe, der freiwillig und außerdienstlich sich der Sache annahm, verhalf dem Arbeiter zu seinem Recht, indem er auf die ganz zweifelsfreie Rechtslage hinwies." Dieser Fall ist wieder ein neuer Beleg, wie dringend unsere Forderungen der besseren Vorbereitung der Juristen auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, der genügenden Heranziehung von Arbeitern als Schöffen gegen Diäten und der Zulassung der Arbeiter-Sekretäre als Vertreter vor Gericht sind. Solange sich Juristen

"Kann ein Parlament frei und loyal beraten," sagte der König zu der Deputation, "wenn der Feind im Lande ist? — Wartet die Zeit der Ruhe ab, helft mir zuvörderst Ordnung und Frieden herstellen. — Nur eine kleine Zahl Mitglieder kann sich jetzt versammeln, und nötiger seid ihr jetzt als Euren Herde als im Parlamentssaale. — Ihr habt die rebellische Stimmung des Landes hervorrufen helfen, jetzt vermehrt ihr sie. Besser aber wird es sein, ihr lernt, wie man mir gehorcht, als ihr befehrt mich, wie ich regieren soll."

So, als mit Schmeicheln, bald mit Bitterkeit suchte er dem Berlangen auszuweichen, dennoch mußte er herausfordernde und feste Bemerkungen hören, die mit fürchterlicher Wahrheit das nahe Ende des königlichen Ansehens kundgaben.

Wrept noch wie gegen die Bischöfe zürnte König Jakob gegen diese stolzen Lords Rochester, Halifax, Lovelace und ihre Genossen, die für seine Vorwürfe die kühnsten Antworten hatten.

"Ich habe zu viel schon getan", rief er endlich am Schluß der Unterredung aus, "in der Hoffnung, ein ungehorsames und undankbares Volk zufrieden zu stellen. Immer habe ich die Konzeptionen gehäht, aber ich habe mich dazu überreden lassen, doch finde ich, was mein Vater gefunden hat, daß dadurch die Unterthanen nur mehr fordern lernen. — Ich gebe nichts mehr", schrie er dann heftig aufstampfend, "nichts, merkt Euch das; nicht ein Atom!" Und indem er sie alle der Reihe nach mit seinen finstern Augen betrachtete, als wollte er sich ihre Gesichtszüge einprägen, wiederholte er das Verhängniswort, das seinen Lippen so geläufig war: "Nicht ein Atom! Nichts; nicht ein Atom."

"Geh, Mylords", fuhr er dann fort, "und wißet, daß, wenn ihr mir zu raten wagt, ich solle mit dem verräterischen Feinde unterhandeln, ich nur die eine Antwort habe: Den ersten Worten, den die Holländer mir schicken, werde ich ohne Antwort zurückgehen, den zweiten aber lasse ich aufhängen! — Geh und wißet, daß ich mich nicht schrecken und mit nichts abdringen lasse. — Mögen die Rebellen in das feindliche Lager fliehen, ich werde sie fangen und strafen; noch aber weiß ich von keinem Engländer, der dort Zuflucht für eine Schande gesucht hätte."

Die Lords entfernten sich, und mit funkelnden Augen laght der König zu Jeffreys, der neben ihm stand: "Merkt

Euch ihre Namen, Lord-Kanzler. Der Tag wird kommen, wo ich Euch daran erinnern werde. Aber ich muß fort aus London, dem Feinde entgegen, den ich vernichten werde. — Ich lasse Euch an der Spitze der Regierungs-Kommission zurück, Ihr werdet mit London rubig erhalten."

Mein königlicher Herr kann sich auf mich verlassen", erwiderte Jeffreys mit seinem munteren Lachen.

"Ich weiß es", sagte Jakob zufrieden. "Faßt zu, wo Ordnung und Ruhe in Gefahr geraten. Zum Heile des Vaterlandes ist Strenge notwendig. — Aber wie ist es, Mylord, habt Ihr keine Kunde von Euren schönen Flüchtling und den Nichtswürdigen, die sie entführten?"

"Keine Nachforschung hat bis jetzt fruchtbar", erwiderte Jeffreys.

"Sorgt nicht", sprach der König tröstend. "Haltet für jetzt das Erb Eurer Braut fest, es soll Euch ein Pfand für sie sein, und bei meiner Ehre! ich will sie Euch angetraut sehen, oder kein Pfennig soll je wieder in ihre Hände zurückkehren."

In dem Vorlaale entstand Lärm. Einer der diensttuenden Gardeoffiziere trat herein und antwortete auf die Frage des Königs, was es gebe:

"Eure, es ist loeben die Nachricht eingetroffen, daß der junge Lord Cornbury, der das erste Dragonerregiment befehligt, den Versuch gemacht hat, das Regiment zum Verrat und Abfall zu bewegen."

"Da, Cornbury!" rief der König erbleichend. "Ein Hgde ist der erste Verräter. Tod und Schande über ihn! Ist er gefangen?"

"Er ist entkommen", sagte der Offizier, "aber allein, niemand hat ihn begleitet."

Jakobs Gesicht erheiterte sich. — "Sie sind mir treu, meine Soldaten", murmelte er lächelnd, "so wird es allen ergehen, die sie zu verführen denken. Das ist eine gute Botchaft, Jeffreys."

Und was den Viscount Cornbury betrifft", sagte der Kanzler, "so muß man ein Beispiel geben und von Pentershand seinen Namen verbrennen lassen."

"Der Vater des Lords, Graf Clarendon," fuhr der Offizier fort, "ist vom tiefsten Schmerz ergriffen, soeben erlöheten, um So. Majestät Gnade anzufragen."

Graf Clarendon steht meinem Herzen nahe", erwiderte Jakob. "Seine Schwester war meine Gemahlin; er ist also

mein näher Verwandter, das soll jedenfalls nicht vergessen werden, so lange ich es kann. Ich will ihn sehen und trösten."

Er trat in den großen Vorlaal, der mit Generalen, Offizieren und Höflingen gefüllt war. Das Erscheinen des Königs bewirkte eine augenblickliche Ruhe. Jakob lächelte gnädig dem General-Leutenant Churchill zu, der mit seinem Freunde, dem Herzog von Gordon, und dem Obersten Kirke und Trelawney im eifrigen Gespräch begriffen war. So ging er durch den Saal und bestete seine Blicke freudig auf die Schaar glänzender und kräftiger Männer von Ansehen und hoher Geburt, die ehrfürchtig sich vor ihm neigten, bis er befruchtigt sich zu dem Grafen Clarendon wandte, der zerknirscht und wehmützlich den Augenblick der Anrede erwartete.

"Ich ehre diesen Kummer des Vaters", sagte der König, seine Hand gültig auf die Schulter des Grafen legend, "und trage ihn mit Euch; aber richtet Euch auf, mein teurer Freund, und glaubt, daß ich darum nicht schämmer von Euch denke."

"O, Gott!" rief Clarendon die Hände ringend, "welche ewige Schmach ist es für mein Haus, daß einer meiner Söhne ein Rebell sein soll!"

"Tröstet Euch, Mylord, tröstet Euch!" mahnte der König. "Ihr seid ein echter Kavaller. Als solchen erkenne ich Euch an, und Ihr so wenig wie Eure würdigen Verwandten habt Teil an der Schande Eures ungeratenen Sohnes, dem ich, was mich anbetrifft, von ganzem Herzen verzeihe."

Bei diesen Worten vergoß der Graf Clarendon Freudenstränen. — "O, Majestät!" sagte er, "meine Treue und die Treue meines Hauses sollen dafür um so fester stehen."

"Wie sollte ich nicht mehr auf Euch bauen!" rief der König heiter. "Ihr, mein Freund und werter Better, steht meinem Herzen ja näher als die meisten. Was jedoch Euren Sohn betrifft, so kann ich Euch nicht helfen, die Wahrheit zu hören. — Sprecht, General Churchill. Ich sehe Euer Gesicht vor Zorn gerötet den Ihr, wie alle meine tapferen Offiziere, über diese schmachvolle Handlung empfindet."

(Fortsetzung folgt.)



noch solche Blößen geben, wirkt die leider auch von bayerischen Richtern in falscher Gesetzesauslegung vorgenommene Zurückweisung der Arbeiter-Sekretäre als Winkel-Advokaten gar lächerlich. Hoffentlich lernt wenigstens das Justizministerium aus dem Fall und sorgt dafür, daß künftig ausnahmslos die Arbeitersekretäre zugelassen werden.

**Das staatsgefährliche Plakat!** Die Gewerkschaften Königsbergs hatten in einer Petition den Magistrat und die Stadtverordneten um schnelle Inangriffnahme von Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen erucht. Die Stadtverordnetenversammlung ging darüber zur Tagesordnung über, weil nach ihrer Ansicht kein Notstand besteht, da man in den Volkstischen nicht wisse, wo man das Essen lassen solle. Zum Protest gegen dieses Verhalten wurden die Arbeitslosen zu zwei großen Versammlungen eingeladen. Auf dem Plakat hies es:

„Steine statt Brot sind uns angeboten. Debattelos wurde über die Not der Arbeitslosen zur Tagesordnung übergegangen. Was kümmert es die liberalen Herren, ob hiesige Arbeiter und deren Familien Hunger leiden. Geht darauf die richtige Antwort!“

Diese Worte mußten überlekt werden, da die Volkzeit sie beanstandete. In Königsberg regiert bekanntlich der Freisinn.

**Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Süddeutschlands.** Die sozialdemokratischen Abgeordneten von Württemberg, Baden und Hessen haben sich am 9. Februar in Würzburg zu einer Besprechung zusammengefunden und haben nach eingehender Erörterung zunächst folgende Resolution zur Wahlrechtsfrage beschlossen:

Die Erklärung, welche der preussische Ministerpräsident, Fürst Billow, am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus auf den Antrag der freisinnigen Fraktion betr. Einführung des Reichstagswahlrechts zum preussischen Landtage abgegeben hat, ist gleichbedeutend mit einem Angriff auf das konstitutionelle Leben in den süddeutschen Staaten, wie es sich dort auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts entwickelt hat. Die Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten Süddeutschlands erblickt in der Vertretung dieses Standpunktes durch den ersten Beamten des Reichs nicht nur eine Verletzung der Verfassung in den süddeutschen Staaten, sondern auch eine Gefährdung des Reichstagswahlrechts. Dieser Standpunkt des Reichstagswahlrechts ist, wie die Erfahrungen in allen anderen Staaten beweisen, kulturwidrig und auf die Dauer unhaltbar. Die Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten Süddeutschlands spricht deshalb den Parteigenossen in Preußen für ihre mutige und entschlossene Aufnahme des Kampfes gegen das indirekte und öffentliche Dreiklassenwahlrecht ihre volle Sympathie aus und verpflichtet sich, die Aktion der preussischen Parteigenossen in allen Stadien mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet es die Konferenz als die Pflicht auch der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, alles zu versuchen, was geeignet erscheint, dem preussischen Volke ein freies Wahlrecht zu sichern und den übermächtigen verderblichen Einfluß Preußens auf die Entwicklung des Reichs zu brechen.

Die Konferenz beschäftigt sich sodann noch mit dem Reichsvereinsgesetz und dem Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Arbeitskammern, sah aber von einer Beschlussfassung ab, in der Überzeugung, daß selbstverständlich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei beiden Vorlagen die Interessen der Arbeiterklasse nach allen Richtungen hin wahrnehmen wird.

**Arbeitslosen-Demonstrationen.** Die Berichte über Demonstrationen von Arbeitslosen in den amerikanischen Großstädten mehren sich. In New York fanden viele Massenversammlungen statt; die meist von der sozialistischen Partei veranstaltet wurden; in Chicago fanden große Straßenparaden statt. In Philadelphia, Boston, St. Louis stellten die Arbeitslosen Forderungen an die Kommunen, in denen sie Hilfe forderten. In Cleveland und in Pittsburg bewilligten die Stadträte unter dem Druck der Arbeitslosenmanifestationen größere Summen für Notstandsarbeiten. In verschiedenen Städten beginnen die Arbeitslosen sich zu organisieren, um ihre Forderungen mit größerem Nachdruck vortragen zu können.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 12. Februar 1908.

88. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Nieberding und Kommissare.

Zunächst wird die Beratung des Antrags v. Richter (Z.) dahinschickend (R.) fortgesetzt, welcher von den Regierungen die Vorlegung einer Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatbeamten bei Beginn der nächsten Reichstagsession fordert.

Schack (Wg.) begrüßt den Antrag und verlangt, eine von der Arbeiterversicherung getrennte Versicherung der Privatbeamten. Die Beiträge könnten naturgemäß nicht niedrig sein; aber ein Opfer von 5 Proz. des Gehalts ist für diesen Zweck auch nicht zu hoch. Redner polemisiert gegen den Abg. Robert Schmidt und bestreitet, daß die deutschen Handlungsgesellschaften Standesvorurteile haben. Sie haben an dem ersten deutschen Arbeiterkongreß teilgenommen. Der sozialdemokratische Verein „Arbeiterpresse“ hat auch eine Unterstützungseinrichtung, von welcher Arbeiter ausgeschlossen sind. (Hört, hört! rechts.) Im Reichstag ist eine große Mehrheit für eine Sonderversicherung vorhanden. (Bravo! rechts.)

Dr. Botthoff (Wg.): Niemand hat so viel für eine einheitliche Privatbeamtenversicherung gewirkt, wie gerade ich. (Lachen rechts.) Wir stimmen dem Antrag zu. Die Mehrheit des Hauptausschusses hat 10 Proz. des Einkommens als Beitrag für notwendig erklärt. Ich bin überzeugt, daß man auch mit einem geringeren Satz auskommen kann. Gewiß kann man einen Teil der Beiträge den Arbeitgebern auferlegen. So lange aber die Gewerkschaftsbewegung der Privatangestellten schwach ist, werden die Arbeitgeber ihre Beiträge auf die Arbeitnehmer abzuwälzen wissen, durch Lohnkürzungen, Entziehung der Feuerungszulagen usw. Ich halte einen organischen, einheitlichen Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung für besser, als eine Sonderkasse. Es empfiehlt sich nicht, die Invalidenversicherung aufzulösen in eine Reihe Standesversicherungen. Den zweifellos vorhandenen Verschiedenheiten der verschiedenen Berufe kann man auch im Rahmen eines einheitlichen Gesetzes Rechnung tragen. (Beifall links.)

Rehmann-Wiesbaden (Sd.): Erst allmählich haben sich die bürgerlichen Parteien zum Versicherungsgebalden befert. Hat doch das Zentrum gegen das Invalidenversicherungsgesetz gestimmt. Früher lehnten auch die Handlungsgesellschaften die Versicherung ab, weil diese nur für die

Arbeiter geeignet sei. Wir begrüßen den Wandel in den Anschauungen natürlich mit Freude. Die unsichere Existenz der Handlungsgesellschaften hat diesen Wandel in erster Linie verursacht. Die Aussicht, selbständig zu werden, wird immer geringer. — Aber die Art der Versicherung ist man noch zu geringe Einigkeit gelangt. Während bei der Altersversicherung die Frauen bei ihrer Verheiratung auf Verlangen die Hälfte der gezahlten Beiträge zurück erhalten, soll das bei der Versicherung der Privatbeamten nach dem Wunsch des deutschen Handlungsgesellschaftenverbandes nicht der Fall sein. Derselbe Verband also, der Frauen von der Mitgliedschaft ausschließt, will die Beiträge der Frauen zugunsten der männlichen Mitglieder verwenden. Dieser Standpunkt muß scharf von der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden. (Zustimmung bei den Soz.) Wenn wir etwa die Väter zu den Versicherungsbeiträgen des Vereins „Arbeiterpresse“ zugezogen hätten, so hätten wir es gemacht, die Stelle (zu den Antikemiten) mit den Frauen. (Zustimmung bei den Soz.) Wir haben es aber nicht getan, und nun macht uns gerade daraus Herr Schack einen Vorwurf. Auch handelt es sich bei den Journalisten um einen geschlossenen Kreis von Personen. Bei näherem Nachdenken wird Herr Schack diesen Vorwurf wohl nicht aufrecht erhalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Hauptausschuß wünscht eine Sonderklasse. Diese empfiehlt sich schon deshalb nicht, weil die Grenze zwischen Arbeitern und Privatangestellten eine fließende, durchaus keine scharfe ist. Eine starke Minderheit im Hauptausschuß war für Anschluß an die Invalidenversicherung; ich hoffe, daß diese Minderheit sich in eine Mehrheit verwandeln wird. Die Gewerkschaften wenden der Frage der Privatbeamtenversicherung immer größere Aufmerksamkeit zu. Wir vertreten die Interessen der Werkmeister so gut wie die der Arbeiter, zumal die Werkmeister ja aus den qualifizierten Arbeitern hervorgegangen sind. Wir verlangen einen Ausbau der Invalidenversicherung und bekämpfen alle Sonderbestrebungen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort freut sich

Pauli-Botsdam (R.) über die allseitige sympathische Aufnahme des Antrags Richterhofen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Prinz Schönauich-Carolath (R.), welcher schleunigst gesetzliche Regelung des Automobilsverkehrs fordert.

Prinz Schönauich-Carolath (R.): Ein Gesetz über die Haftpflicht der Automobilisten ist unbedingt notwendig. Leider stößt ein solches wegen der hohen Summen des Automobilschadens auf große Schwierigkeiten. (Hört! hört! links.) Auch der deutsche Landwirtschaftsrat hat die baldige Vorlegung eines Automobilschadengesetzes gefordert. Redner wendet sich mit großer Schärfe gegen die Automobilschadensversicherung. Es ist unerhört, daß die Automobile mit Schnellzugseile über die aus öffentlichen Mitteln hergestellten Straßen dahinjagen. (Beifall Zustimmung.) Mögen die Automobilisten sich eigene Reimbahnen anlegen. Zur Verbesserung der Luft tragen die Automobile auch nicht gerade bei. (Lachen rechts.) In Berlin richten viel Unheil an. Es ist dringend nötig, daß bald etwas geschieht.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die verbündeten Regierungen verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die Schäden des Automobilschadens, sie wollten aber erst die Wirkungen der neuen Verkehrsordnung prüfen. Es hat sich jedoch nunmehr ergeben, daß trotz dieser neuen Verkehrsordnung eine gesetzliche Regelung der Materie notwendig bleibt. Vom 1. Oktober 1906 bis zum 1. Oktober 1907 kamen 4931 Unfälle durch Automobile vor. 145 Personen kamen bei diesen Unfällen ums Leben. (Hört, hört!) Das Reichsjustizamt hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der jetzt dem preussischen Justizminister vorliegt, weil wir ohne die Zustimmung von Preußen diese Materie nicht gesetzlich regeln können. Der Entwurf wird aber in Preußen auf keine Schwierigkeiten stoßen. Er enthält zivilrechtliche Bestimmungen über Haftung, polizeiliche Bestimmungen über Zulassung als Chauffeur und Entziehung dieser Eigenschaft, und schließlich strafrechtliche Bestimmungen. Daß der Gesetzentwurf dem Reichstage noch in dieser Session zugehen wird, halte ich nicht für möglich.

v. Maltzahn (R.) wünscht Chauffeurschulen und strenge Bestrafung der Automobilvergehen, jedoch keine Schädigung der Automobilindustrie.

v. Dirksen (Rpt.): Unterdrückt werden darf der Automobilschaden nicht, aber für die Unglücksfälle müssen die Schuldigen vollständig haftbar gemacht werden. (Bravo! rechts.)

Inzwischen ist ein Abänderungsantrag Gröber (Z.) eingelaufen, welcher den Antrag Carolath dahin spezifiziert, daß erstens die Automobilbesitzer für allen verursachten Schaden haftbar gemacht werden, zweitens die Fahrer für Übertretung der polizeilichen Anordnungen im Rückfalle mit Freiheitsstrafen bestraft werden, drittens Chauffeurschulen eingeführt werden sollen, viertens unzuverlässigen Fahrern durch Vollzeitsverfügung die Fahrerlaubnis für das ganze Reichsgebiet entzogen werden soll.

Gröber (Zentr.) begründet diesen Antrag und hofft, daß die Angelegenheit des Automobilschadens nunmehr im Automobiltage erledigt wird. (Beifall.)

Leдебур (Sd.): Der Staatssekretär hat das Zaubern der Regierungen höchst schwächlich entschuldigt. — Prinz Heinrich von Preußen hat die Automobilisten über das neue Haftpflichtgesetz getroffen; er sagte: wir können diesem Gesetz mit voller Zuversichtlichkeit und Ruhe entgegengehen. Das läßt allerdings tief blicken. (Beifall.) So fürchte ich, daß bei dem neuen Gesetze nichts Gutes herauskommt. Am notwendigsten ist es, daß der Reichstag recht frühzeitig einen recht kräftigen Druck auf die Regierung ausübt. Der Herr v. Dirksen hat das schnelle Fahren der kaiserlichen und prinzipallichen Automobile durchaus entschuldigt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch Prinz Schönauich-Carolath wandte den ganzen Zorn, dessen keine sanfte Seele überhaupt fähig ist, (Beifall.) (Prinz Carolath ruft: Ich bin garnicht so sanft!) Dann sind Sie eine eiserne Faust in einem sehr sanften Handschuh! (Beifall.) — gegen die Automobilschadenshaftung. Zur ausgleichenden Gerechtigkeit hätte er auch wohl kräftige Worte gegen das übermäßige schnelle Fahren hoher Herrschaften finden können. Ich erinnere an die Automobilschadensfälle des Prinzen Heinrich, des Prinzen Sittel-Friedrich, des Königs von Sachsen usw. Die Herren geben damit ein schlechtes Beispiel, denn nicht alle Automobilisten räumen ihnen in Herrn von Dirksens ersterbender Untertanendemut ein Vorrecht ein. (Sehr gut! b. d. Soz.) In den Automobilen der hohen Herrschaften sitzen alle möglichen Leute, Kaiser, Prinzen, sogar Popprediger. (Beifall.) Wir verlangen unbedingte Haftpflicht des Automobilbesitzers, soweit er nicht beweisen kann, daß höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten vorliegen. Die Automobilbesitzer können sich ja gegen den Schaden versichern. Von einem reinen Übermut der Chauffeure kann nicht die Rede sein, denn diese werden nicht übermäßig schnell fahren, wenn der Herr es nicht will. Daß man jetzt dabei ist, die Haftung der Tierhalter einzuschränken, ist allerdings kein gutes Vorzeichen für eine wirksame Haftung der Automobilisten. Hoffentlich kommt es bei dieser Gelegenheit zu einer einmütigen, kräftigen Kundgebung des Reichstages. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding bestreitet, daß gewisse hohe Herren einen Einfluß auf die Gestaltung des Automobilschadengesetzes ausüben.

Werner (Ant.) tritt für baldige Vorlegung eines Automobilschadengesetzes ein.

Ullhorn (Fr. Vpt.) erklärt sich für den Antrag Carolath, aber gegen den Antrag Gröber.

Goerke (Matl.) bestreitet, daß die kaiserlichen Automobile besonders schnell fahren.

Der Antrag Gröber wird gegen die Stimmen der Reichspartei, der Nationalliberalen und der Freisinnigen angenommen, darauf einstimmig der so veränderte Antrag Schönauich-Carolath.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Nachtragsetat. Postetat.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

## Aus dem Gerichtssaal.

Die Mutter der Grete Beier wegen Meineids vor Gericht. Vor dem Landgericht Freiberg hatte sich die Bürgermeisterschwägerin Ida Beier aus Brand wegen Verleumdung zum Meineid zu verantworten. Obwohl der Gegenstand der Anklage nicht im Zusammenhange mit der Mordtat stand, brachte der Lauf der Verhandlung doch schon einige Aufschlüsse über die Mordtat. Im besonderen wurde auch bekannt, daß die Grete Beier noch einen zweiten Mordplan gehegt hat. Die 1886 in Großhartmannsdorf als die Tochter eines Schuhmachers geborene Frau Beier ist angeklagt, die Witwe Reuter in Brand zu bestimmen versucht zu haben, in einer wegen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung vor dem Freiburger Gericht gegen die Grete Beier anhängigen Strafsache auszusagen, sie habe die Grete Beier am 2. Mai 1907 mit der Frau Schlegel, der Schwägerin des Armenhausverwalters Kröner in Freiberg, am Bahnhof in Freiberg gesehen. Es handelt sich hier darum, daß sich die Grete Beier an dem Armenhausverwalter Kröner gehöriges Sparkassenbuch widerrechtlich aneignete, das Geld, etwa 4000 Mark, abhob und mit dem Namen Erna Vogt, geborenen Kröner, quittierte. Die Grete Beier will zu diesem Diebstahl von der Frau Schlegel veranlaßt worden sein. Später sagte sie auch aus, sie sei von Breßler (dem von ihr ermordeten Bräutigam) dazu bestimmt worden, weil dieser das Geld haben wollte. Frau Beier will von diesem Diebstahl nichts wissen. Sie will auch nicht die Frau Reuter aufgefördert haben, falsch über die Grete Beier auszusagen. Diese Angaben wurden aber durch die Aussagen des Kriminalwachtmeisters Fährdrich widerlegt, der aussagte, die Mutter habe von dem Verbrechen der Tochter gemußt. Das gehe sowohl aus aufgefangenen Kassibern hervor, als auch aus einem Briefe, den Frau Beier an Merker nach Dresden richtete und der bei einer Hausdurchsuchung im Feuer gefunden wurde. In dem Briefe wird Merker aufgefordert, alles zu vernichten und vor Gericht auszusagen, daß sie beide (Merker und die Frau Beier) sich niemals echt vertragen hätten. Das Gericht habe Kassiber entdeckt, was für sie sehr fatal sei. Merker sollte doch aussagen, daß er niemals etwas von der Grete erhalten habe und die Mutter erst recht nichts. Weitere Briefe schrieb die Mutter und auch die Grete Beier an den Kriminalwachtmeister Fährdrich, in denen sie die Familie Schlegel des Diebstahls beschuldigen. Fährdrich sagte aus, daß er es besonders auffällig gefunden habe, daß die Beiers ihn mit allen Mitteln zu bewegen gesucht haben, eine Hausdurchsuchung bei der Frau Schlegel vorzunehmen. Er würde dort in oder unter einem Schrank neben der Treppe den gesuchten Kassettenschlüssel finden. Wie später die ebenfalls verhaftete Frau Kunze mitteilte, hat diese im Auftrage der Frau Beier den Schlüssel unter den Schrank gelegt, wo er auch gefunden wurde. Das Urteil lautete, wie gewöhnlich unter „Letzte Nachr.“ berichtet, auf 2 Jahre Zuchthaus. — Der „Fall Beier“ zieht übrigens noch weitere Kreise. Vier Personen, die Grete Beier, deren Mutter, der Kaufmann Merker und die Gebarmme Kunze befinden sich schon im Gefängnis. Jetzt ist auch gegen den Gendarmbrigadier Kuchar in Brand ein Verfahren eingeleitet. K. soll in einem Prozesse gegen den verstorbenen Bürgermeister Beier zu dessen Gunsten einen Meineid geleistet haben.

**Fabrikant und Arbeiterin.** Am Sonnabend gelangt vor dem Schöffengericht in Essen eine Beleidigungsklage des Schokoladefabrikanten Wernscheid in Bielefeld gegen den Redakteur Wallen zur Verhandlung, die mit einer moralischen Dinstellung des Fabrikanten endete. In dem von Wallen redigierten Blatt war mitgeteilt, nach der Mitteilung des Bielefelder sozialdemokratischen Organs habe Wernscheid eine Fabrikarbeiterin M. in Silberfeld, die wegen kindigungsloser Entlassung gegen ihn geklagt hatte, in seine Fabrik gelockt und sie zu bewegen gesucht, alle gegen ihn angestrengten Klagen zurückzunehmen. Er bot ihr dafür 150 Mk. an unter der Bedingung, daß sie sofort ins Ausland abreise. Als sich die M. hierauf nicht einlassen wollte, sperrte Wernscheid sie kurzerhand ein und mißhandelte sie. Und damit noch nicht genug ließ er sie unter der Angabe, sie hätte ein bürgerliches wollen, verhaften. Nach Feststellung ihrer Personallisten wurde sie jedoch wieder entlassen. Sie hat gegen Wernscheid, der sie schon früher mißhandelt hat, wegen Freiheitsberaubung, Mißhandlung und Nötigung Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Wernscheid hatte früher in intimen Beziehungen zu der M. gestanden, denen zwei Kinder entsprossen sind. Nur sei sie ihm lästig geworden, und er möchte sie für unter allen Umständen vom Hals schaffen. In dieser Wieder gab der Mitteilende der „Bielefelder Volksmacht“ eine mit feiner Schmeichelei versehene Kritik getränkt. Dadurch fühlte der Fabrikant sich beleidigt und strengte Klage gegen den Redakteur an. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Wernscheid wegen der in dem Bielefelder Organ veröffentlichten, von Wallen wiedergegebenen Verhandlung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Daß Wernscheid den Einbruch fingiert und eine wesentlich falsche Anschuldigung gegen die M. erhoben hatte, wurde gleichfalls erwiesen. Mißhandelt hatte M. die W. mit einer Funke peitsche, an der sich sieben bis neun Riemen von der Stärke eines halben Fingers und etwa 80 Zentimeter Länge befanden. Das Gericht erachtete den Beweis für die oben wiedergegebenen Sachverhalt vollständig erbracht. Darin, daß in der Kritik zweimal der Fabrikant mit einer mit 2. beginnenden Namen belegt war, erblickte es aber eine formelle Beleidigung, die es mit 20 Mk. ahndete. Der Fabrikant hatte übrigens die M. auch noch des Meineids und Betruges beschuldigt, das Schwurgericht sprach die M. frei und veranstaletete unter sich eine Geldsammlung für die zu Unrecht beschuldigte und Angeklagte. Dem Rechtsbewußtsein hätte es entsprochen, wenn trotz des scharfen Wortes Freisprechung des Redakteurs erfolgt wäre.

**Der Militärposten vor der Dienstmädchenkammer.** Die Frau des Kantinenwirts von der Kantine des 8. B. 27. Inf.-Reg. zu Palberstadt machte am späten Abend des 21. Dezember v. J. die Entdeckung, daß die Tür des ebener Erde gelegenen Schlafzimmers ihres Dienstmädchens



**Letzte Nachrichten.**

**Berlin, 12. Febr.** Die Reichstagskommission für den Gefekentwurf, betreffend den Untersuchungswohnsitz, nahm § 10 an, wonach die Altersgrenze für den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes vom vollendeten achtzehnten auf das vollendete sechzehnte Lebensjahr und die Aufenthaltspflicht von zwei auf ein Jahr herabgesetzt wird.

**Wien, 12. Februar.** Der bekannte Hofschauspieler Fritz Krastel ist heute gestorben.

**Konstantinopel, 12. Februar.** Depeschen aus Van melden, daß in der dortigen armenischen Kirche eine große Anzahl Risten mit Gewehren, Patronen und Dynamit entdeckt wurden. Als Soldaten diese Risten fortschafften, wurden sie von armenischen Revolutionären angegriffen. Es entstand ein heftiger Kampf, bei dem im armenischen Quartier großer Schaden angerichtet wurde und eine große Anzahl Menschen ungetötet sein soll.

**Humoristisches.**

**Humor des Auslandes.** „In China, liebe Freunde“, sagte der Missionar, „wird einem Menschenleben nur geringer Wert beigelegt. Ja, wenn ein wohlhabender Chinese zum Tode verurteilt wird, kann er leicht einen Mieten, der für ihn stirbt; und ich glaube, daß mancher arme Sterblich dadurch seinen Lebensunterhalt erwirbt, daß er solcherweise als Stellvertreter dient.“

**Wolfsorden.** Abgeordneter: „Na, Schugmann, wann haben Sie sich Ihren Orden geholt?“ — Schugmann: „Nach am 10. Januar, Herr Doktor.“

**Handels- und Marktnachrichten.**

**Lübecker Marktpreise vom 12. Februar.**

Vauern-Butter 1,20—1,85 Mk., Meierei-Butter 1,45 Mk., Hagen — Mk., Enten — 1,80 Mk., Hühner 2,00—2,50 Mk., Küken 2.— Mk., Tauben Stück 0,60 Mk., Gänse 80 Pf., Fliedgans 2 Mk., Schinken 85—95 Pf., Schweinestopf 1 Pfund 45 Pf., Wurst 1,25 Mk., Eier 6 und 7 Stck. 60 Pf., Serringe 10 10 Pf., Dorche genügt, Süßwasserfische genügend, Karpfen 1,40—1,60, Brachsen 60—70 Pf., Hechte 70 Pf., Barsche 70—75 Pf., Aal 100 Pf., Karauischen 80 Pf., Gemüse genügend, Blumentohl, d. Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Pf., — Mk., Gurken 100 Pf., — Mk., Zwiebeln, hiesige, 100 Pf., — Mk., Apfel, verschiedene pr. 100 Pf., — Mk., Nüssen, pr. 100 Pf., — Mk., Kirichen 100 Pf., — Pf., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pf., — Mk.

**Getreidepreise.**

Lübeck, 12. Februar.  
Weizen, 115—127 Pf., holl. 190—209 Mk., Roggen 114—123 Pf., holl. 182—195 Mk., Safer nach Qualität 140—160 Mk., hochfein über Notiz, Gerste, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

**Butter-Notierungen**

**d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.** Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 12. Februar.

1. Klasse 226 Drittel zu 145,51 Mk. im Durchschnitt.
2. " 14 " " 140,39 Mk. " "

**Steinfisch-Viehmarkt**  
12. Februar.

Der Schweinehandel vertief klau. Zuführt wurden 660 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 52—53 Mk., leichte 51—52 Mk., Sauen 47—51 Mk. und Ferkel 47—50 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

erbrochen worden war. Da es nicht das erste Mal war, daß — anscheinend von Soldaten — versucht worden war, in das Gemach des Dienstmädchens einzudringen, so wandte sich die Mutter an die Kaiserinwache und bat um Schutz für ihr Dienstmädchen. Bereitwillig gewährte ihr der Wachtmeister solchen und stellte einen Posten vor der Dienstmädchenkammer aus, der den Befehl hatte, jeden zu verhaften, der versuchen sollte, bei dem Mädchen einzudringen. Lange brauchte der Posten nicht zu warten. Gegen 12 Uhr kam der Unteroffizier Becker von der 9. Kompanie, der bis dahin in der Kantine gekniet hatte, klopfte an die Thür des Mädchens und begehrt seinen Befehl, gebot dem liebbedürftigen Unteroffizier ein Halt und nahm ihn fest. Der Festgenommene weigerte sich dann auch noch, seinen Namen zu nennen — das brauche er nicht, meinte er — und rief sich kurz vor dem Wachtlokal los und entfloh. Wegen dieser beiden Fälle von Ungehorsam wurde er vom Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt.

**Kiel.** Das Kriegsgericht verurteilte den früheren ersten Offizier des Kreuzers „Scharnhorst“ Korvettenkapitän v. Kewenow wegen des Unfalles des Kreuzers bei Wilt zu vierzehntägigem Stubenarrest.

**Hendenburg.** Ein Adventist vor dem Kriegsgericht. Der Musikfregatist aus Hendenburg, der sich als Adventist trotz erhaltener Strafen beharrlich weigert, Sonnabends Arbeiten zu verrichten, wurde vom Kriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

**Sonderburg.** Wie Verstöße gegen das Allerheiligste geahndet werden. Der Reservist W. von Beruf Tischler, fand sich am 5. November 1907 in angetrunkenem Zustande auf der in Sonderburg abgehaltenen Kontrollversammlung ein, wo er sich dem Kontrolloffizier, einem Major, gegenüber in fündlicher Weise benahm. Der Major forderte ihn auf, die Hände aus den Taschen zu nehmen und eine militärische Haltung zu beobachten. Als der Offizier sich umdrehte, schob W. die Hände wieder in die Taschen. Der einen Schlapphut tragende Reservist wurde aufgefordert, den Hut gerade aufzusetzen, aber er schob ihn noch tiefer in den Nacken, und als der Major seinen Befehl wiederholte, schob W. den Hut nach vorn, so daß der Rand auf der Nase saß. Der Major verlangte von W. die Vorzeigung des Führungsattestes, aber dieser erklärte, daß er es verloren habe und daß ihn bislang noch kein Arbeitgeber danach gefragt habe. W. rebete den Major mit „Herr Hauptmann“ an, und als dieser ihn fragte, ob er seine Charge nicht kenne, antwortete W., ihm auf die Achselstücke lebend: „Jawohl, Herr Leutnant!“ Einige Tage nach diesem Vorgang wurde W. wegen Achtungsverletzung und Ungehorsams vor versammelter Mannschaft in Haft genommen. Am 21. Dezember 1907 wurde W. wegen dieser Lappalien zu nicht weniger als neun Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses kriegsgerichtliche Urteil wurde von beiden Seiten Berufung eingelegt: dem Gerichtsherrn war das exorbitant hohe Urteil noch nicht scharf genug. Vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps kam vorgerufen die Angelegenheit zur erneuten Verhandlung. Der Angeklagte behauptete, wenn er betrunken sei, wisse er nicht, was er tue; äußerlich sehe man ihm die Krankheit weniger an, aber in seinem Schädel ginge ihm alles kunterbunt durcheinander. Einige Zeugen bestätigten die Trunkenheit des W., aber von einer sinnlosen Verfassung des Angeklagten könne keine Rede sein. Der Ankläger beantragt die Herabsetzung der Strafe auf sieben Monate Gefängnis. Das Gericht verwirft beide Berufungen, indem es das Urteil erster Instanz bestätigt. Diese hatte das Verhalten des W. als ein unverkämtes und aller militärischen Disziplin höhnsprechendes bezeichnet. — Man vergleiche nur diesem Urteil die gegen Soldatenschänder aller Grade gefällten Strafmaße.

**Aus Nah und Fern.**

**Ein Jubiläum.** Die „Lebendarbeiter-Zeitung“ kann in diesem Monat ihr dreißigjähriges Jubiläum feiern. Am 20. Februar 1878 erschien die erste Nummer des „Vereinsblattes der Weißgerber Deutschlands“, aus welchem später die „Lebendarbeiter-Zeitung“ hervorging. Die Mitgliederzahl des Vereins der Weißgerber betrug damals 618, der Vereinsbestand am 31. Juli 1878 649,16 Mk. Die Verhältnisse waren also noch ziemlich unentwickelt und die zu überwindenden Schwierigkeiten demgemäß große. In den

drei Jahren 1878 bis 1880 erschienen insgesamt 13 Nummern des Blattes, am 1. Januar 1880 betrug die Auflage 1000 Exemplare. Das Blatt hielt sich indes auch während der ganzen Dauer des Sozialkrieges, bei dessen Fall die Auflage des Blattes etwa 1800 betrug. Am 1. Januar 1894 wurde der Sitz des Verbandes von Altenburg nach Berlin verlegt, wo seitdem auch das Blatt erscheint. Seit Oktober 1896 führt das Blatt den Titel „Lebendarbeiter-Zeitung“, die Auflage war auf über 5000 gestiegen. Seit Juli 1896 erscheint das Blatt dreimal monatlich gegen früher zweimal. Als Redakteure waren an dem Blatte tätig die Genossen Meuter, Fuchs, Weiswenger und seit dem 12. Juni 1902 Mahler.

**Ein ehrendes Gedenken!** In liberalen Blättern zeigt das Offizierskorps des 3. bayerischen Chevauligers-Regiments in Deuz den Tod des Leutnants August Kroschmann an, der die Frau eines Regimentkameraden und Kriegsschulpreudes verführte und sich erschoss, als er von dem betrogenen Gatten zum Zweikampf geordert wurde. Dem Selbstmörder und Schänder der Familienehre eines Freundes und Kameraden wird, wie der Oberst und Regimentskommandeur v. Huber-Liebenau im Namen des Offizierskorps in der Todesanzeige versichert, „das Offizierskorps allezeit ein ehrendes Gedenken bewahren.“ Der simple Rivallist, der in den militärischen Chrbegriffen nicht so bewandert ist, wird dieses ehrende Gedenken kaum verstehen, sondern die ganze Anzeige eher für eine grobe Takt- und Geschmacklosigkeit halten.

**Agarischer Kerneiser.** Die „Augsburger Abendzeitung“ läßt sich aus Deggendorf schreiben: Es dürfte wohl als ein Unikum erscheinen, daß die hiesige, unter staatlicher Aufsicht stehende landwirtschaftliche Winterschule im zweiten Kurs nur drei Schüler zählt, für die neun Fachlehrer tätig sind.

**Flotte Biertrinker.** In der gewerblichen Fortbildungsschule in Passau wurden nach der Meldung eines niederbayerischen Blattes in bezug auf das Biertrinken Nachforschungen gepflogen, die ergaben, daß unter 39 Schülern 22 regelmäßig Biertrinker sind, die zusammen täglich 45 halbe Liter Bier vertilgen. Davon trinken nach eigenen Angaben einer täglich 9, einer 7, einer 4, einer 3, sechs 2 und neun einen halben Liter Bier. Ein Bierzehnjähriger verdient als Tagelöhner 1,70 Mk. Davon zahlt er beheim für Verpflegung 95 Pf., das übrige legt er für Bier an; für Kleidung sorgt der Vater, ein Gehilfe, der eine Frau und mehrere Kinder zu ernähren hat. Ein vierzehnjähriger Binderlehrling erhält täglich drei Liter Freibier; er trinkt aber nach seiner Behauptung täglich nur zwei davon. Der Sohn eines Braugehilfen entschuldigt sein hartes Tagesquantum damit, daß sein Bruder im dritten Schuljahr auch täglich 3 Maß Bier trinke. Zwei Regelbuben sagen, daß sie die Erlaubnis haben, nach Belieben Bier vom Faß zu trinken; einer von ihnen schätzt sich auf täglich 7 halbe Liter Bier ein. — Zu dieser Statistik, schreibt die „Pädagogische Zeitung“, ist wohl jeder Kommentar überflüssig.

**Sittlichkeit in Lübeck.**

Schulze: Haben Sie schon gehört von der Lübecker Polizei?  
Müller: Was denn?  
Schulze: Sie ist im Besitz einer Kasse, aus welcher den einzelnen Beamten Gratifikationen gewährt oder auch Beiträge zu Schugmannsfesten zc. bewilligt werden.  
Müller: Na, das ist doch weiter nicht schlimm! Warum sollen denn die Herren nicht zu einem so löblichen Zweck zusammensteuern?  
Schulze: Um — von den Herren kommt das Geld aber garnicht, sondern von den „kleinen Mädchen!“  
Müller: Bestechung?  
Schulze: Nein — regelrechte Abgaben!  
Müller: Schau, schau! Da würden also gewissermaßen die Lübecker die „Lieb-Ärker“ ausbeuten! Wie heißt denn diese famose Kasse?  
Schulze: „Kasse!“  
Müller: Na, da hätte sie auch schon ein bißchen deutlicher sein und sie gleich Stl- oder Pfst-Kasse taufen können!

**Friedr. Meyer & Comp.**

**Buchdruckerei — Buchhandlung**  
Johannisstraße 46 □ LÜBECK □ Fernspr.: Nr. 926

**Herstellung sämtlicher  
= Buchdruckarbeiten =  
in ein- u. mehrfarbigem Druck**

**Für Massenaufträge: Rotationsdruck.**

**Solide Preise. — Prompte Lieferung.**

**Verlag des Lübecker Volksboten**

**Anfertigung**

VON

- Plakaten
- Broschüren
- Flugblättern
- Statuten
- Mitgliedskarten
- Eintrittskarten
- Programmen
- Festliedern.

**Anfertigung**

VON

- Briefbogen
- Kouverts
- Rechnungen
- Quittungen
- Mitteilungen
- Adresskarten
- Zirkularen
- Visitenkarten.

**Männer- u. Frauen-Sterbefasse**  
„Amicitia“.

**General-Versammlung**

am Sonnabend, den 15. Februar 1908  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52  
Tages-Ordnung:  
Abrechnung vom verfloffenen Jahr 1907,  
Wahlen, Verschiedenes.

**Hansa - Theater.**

Heute Freitag:  
Der nekomische Schwanz  
**Charleys Tante.**  
Stürmischer Heiterkeitserfolg.  
Billetts im Vorverkauf b. Sager, Kohlmart.

**Stadt-Theater.**

(Provisorium)  
Direction: L. Plorkowski.  
Freitag, 14. Februar. 7 1/2 Uhr.  
98. Abonn.-Vorstell. 20. Freitag-Ab.  
**Die lustigen Weiber von Windsor.**  
Kom. Oper in 3 Akten von Nicolai.  
Sonnabend: Jeder Platz 50 Pf.  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Sonntag nachm. Fremden-Vorstelln. g.  
Abends 7 Uhr: Gr. Doppel-Vorstellung.  
**Martha, oder Der Markt zu Richmond.**  
Hierauf:  
**Der Hypochonder.**